

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
26. September 1910

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zeffin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Wegetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Ein Rückblick. — Die ökonomische Lage der russischen Arbeiterinnen. III. Von Alexandra Kollontaj. — Ein Wort zur Gestaltung unserer Diskussionsabende. Von Marie Bachwitz. — Zur Lage der Krankenpflegerinnen. Von M. Kl. — Unsere Frauen in den Jugendbildungskommissionen. Von L. Kadlof. — Das eheliche Erbrecht. Von Ernst Oberholzer. — Bericht der Berliner Kinderschulskommission. Von S. Varentsin. — Vom Kampf auf den deutschen Seeschiffswerften. Von Gb. — Aus dem Jahresbericht der Gewerbeinspektion für Koburg-Gotha.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Von der proletarischen Frauenbewegung im achten und zehnten schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis. — Gründung einer Frauensektion in Weiertheim. — Jahresbericht über die proletarische Frauenbewegung in Nürnberg. — Frauenorganisation in Baden. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Kampf der Bleistiftarbeiter in Nürnberg. Von Gb. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notigenteil: Fürsorge für Mutter und Kind. — Frauenbildung. — Verschiedenes.

Ein Rückblick.

Die letzte Nummer der „Gleichheit“ mußte abgeschlossen werden, ehe der Kongreß zu Kopenhagen sein Werk vollendet hatte. Wenn unser Rückblick darauf auch reichlich spät hinter den Würdigungen der Tagespresse nachhinkt, so scheint es uns schon aus dem Grunde nicht überflüssig, weil viele unserer Leserinnen leider nicht eingehend genug die Tagespresse verfolgen.

Betrachtet man den Kongreß in dem wundervollen Lichte der Eröffnungs- und Schlußsitzung, läßt man den Blick auf der gewaltigen Zusammenfassung der kämpfenden Arbeiterklasse aller Staaten, Erdteile, Nationen, Rassen ruhen, die von der einen Erkenntnis durchdrungen zu der einen großen geschichtlichen Tat ausholt: so ist der Eindruck ein erhebender, ein überwältigender. Was kann die bürgerliche Welt mit den Herkälftungen und Abgründen ihrer Klassengegensätze, die je länger je mehr alle großen, einigenden Ideologien verschlingen, um nur die eine reale Einheit des brutalen Willens zur Ausbeutung und Beherrschung der emporsteigenden Massen übrig zu lassen, was kann sie der brüderlichen Geschlossenheit der sozialistischen Internationale des Proletariats an die Seite stellen? Was dem Gehalt dieses Bundes, dessen Ziel ist, die Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit zu führen und zur bewußten Herrin ihres Geschicks zu machen, und der daher je länger je mehr zum wichtigsten Träger aller Kulturideale wird. Das hat der Kopenhagener Kongreß gleichsam in einem farbenprächtigen Freskogemälde gezeigt. Die demonstrative, agitatorische Seite einer internationalen Tagung des Proletariats ist in Kopenhagen voll und schön zum Ausdruck gekommen. Allen, denen das ausbeutende Kapital das Mark aus den Knochen, Lebenskraft und Lebensfreudigkeit aus Herz und Hirn saugt, und die sich zu klein und zu schwach zum Widerstand dünken, könnte es vom Kongreß entgegen: Sehet dieses Ziel, sehet diese Macht — das Werk der Kleinen, die ihre Zahl groß, der Schwachen, die ihr Wille stark macht! Vertraut und hofft!

Jedoch nicht zur Hoffnung allein ruft die sozialistische Internationale die Enterteten, sie verpflichtet sie auch zu Arbeit, zu Kampf. Der Kopenhagener Kongreß hatte daher Aufgaben zu lösen, die für Arbeit und Kampf des Proletariats aller Länder in nächster Zukunft wegweisend, anregend sein sollen. Wie sieht es mit seinem Werke im nüchternen Lichte dieser Tatsache aus? Unseres Erachtens kann es wohl bestehen, unbeschadet der Kritik, die sich bei der Würdigung seiner Leistungen aufdrängt.

Der Kongreß hat vor allem in zwei wichtigen praktischen Fragen wertvolle Arbeit vollbracht. Er hat die Bedeutung geprüft, welche der Genossenschaftsbewegung für die Arbeiterklasse zukommt, und hat vom Boden dieser Bedeutung aus die Beziehungen erörtert, die zwischen den Genossenschaften und den Organisationen des kämpfenden Proletariats bestehen können und bestehen sollen. Und wenn er als Ergebnis dieser seiner Untersuchung die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Genossenschaften gegenüber den proletarischen Kampfsorganisationen betonte, so hob er nicht minder eindringlich die Verpflichtung der zielklaren Proletarier und Proletarierinnen hervor, die Genossenschaften tatkräftig zu fördern und durch ihre persönliche Betätigung als ein wertvolles Hilfsmittel dem Aufstieg der Klasse in steigendem Maße nutzbar zu machen, wie dies in Deutschland in vorbildlicher Weise die Hamburger Produktion tut. Wir bedauern, daß die Resolution zu der Frage einige Sätze enthält, die unseres Dafürhaltens deren scharfer, grundsätzlicher Wertung nicht ganz gerecht werden. Bei aller Sympathie für die Genossenschaften und der Schätzung ihrer Bedeutung vermögen wir sie nicht als Mittel zur Sozialisierung und Demokratisierung der Gesellschaft anzusprechen. Jedoch angesichts der sehr konkreten Gestalt, in der die Genossenschaftsbewegung vor das Proletariat tritt, fürchten wir nicht, daß diese Sätze verwirrend wirken, und daß die mangelhafte theoretische Formel dem guten praktischen Kern der Resolution Eintrag zu tun vermag.

Mit Befriedigung begrüßen wir auch die Entscheidung, durch welche die Internationale die außerordentlich bedauerlichen Versuche unzweideutig und mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen hat, die Gewerkschaftsbewegung Österreichs national zu zersplittern. Es ist eine der stärksten, revolutionären Seiten der Gewerkschaftsbewegung, daß sie im Kampfe gegen das ausbeutende Kapital die ausgebeuteten Massen ohne Unterschied des Bekenntnisses, der Nationalität und Rasse zusammenschweißt und als geeinte Macht ihrem Todfeind entgegenstellt. Diese ihre Wesenseigentümlichkeit — die sich aus dem Charakter der kapitalistischen Produktion selbst ergibt — darf aber zweimal nicht in einem Staatengebilde wie Österreich angetastet werden, wo die Nationalitätenfrage dem politischen Klassenkampf des Proletariats ganz außergewöhnliche Schwierigkeiten schafft. Hier hat gerade die Gewerkschaftsbewegung die bedeutungsvolle Aufgabe, unter den Massen selbst wichtige, unentbehrliche Vorarbeit für die Überwindung solcher Schwierigkeiten zu leisten und auch dadurch ihre innerliche Einheit mit der Partei zu erweisen. Das tschechische Element ist andererseits dank historisch gegebener Be-

dingungen eine so wertvolle vorwärtsdrängende Kraft unter den Völkern Österreichs, daß auch unter diesem Zusammenhang gefaßt die organisatorische Abplitterung mit ihren unvermeidlichen Folgen über den gewerkschaftlichen Kampf hinaus eine revolutionäre Arbeiterbewegung schwer schädigen würde.

Der Kongreß nahm eine Reihe von Resolutionen an, durch welche er die Solidarität der Internationale mit der jungen sozialistischen Arbeiterbewegung vieler Länder bekundet hat, ihren Protest gegen die Erdrosselung politischer nationaler Freiheiten und Rechte, gegen die Barbarei der Todesstrafe, das letzte Verlegenheitsmittel, das die heutige Gesellschaft vor ihren eigenen Verfehrungsprodukten schützen soll, der skrupellos angewandten politischen Waffe im Kampfe gegen ihre Gegner. Diese Resolutionen sind mehr als geduldige Stücke Papier, als platonische Erklärungen brüderlicher Gesinnung. Eine heiße Welle moralischer Ermutigung flutet von ihnen zu Ausgebeuteten und Geknechteten hinüber, die Kämpfende sind oder werden; den Massen allerorten aber tragen sie klärendes Licht zu über wichtige Zeitererscheinungen, die sie in ihren geschichtlichen Verknüpfungen und Entwicklungen zeigen. So gesehen, verdienen zwei Resolutionen doppelte Beachtung: die, welche das internationale Proletariat zum energischen Protest wider das zarische Attentat gegen die politischen Freiheiten Finnlands ruft, und die andere, welche es zum Kampfe gegen die Todesstrafe auffordert. Die jüngsten Verhandlungen des deutschen Juristentags haben gerade für die Arbeiterklasse Deutschlands die Dringlichkeit und Bedeutung dieses Kampfes stark unterstrichen, gleichzeitig aber auch vollauf die prinzipielle Auffassung schlagend bestätigt, von der die betreffende Resolution der Internationale diktiert worden ist.

Es ist nicht möglich, heute zu begründen, warum uns der Beschluß über die Arbeitslosenversicherung sachlich nicht befriedigen kann, nicht zum mindesten auch deswegen, weil er den gerechtfertigten Anforderungen nicht entspricht, die die Gewerkschaften erheben müssen. Die Frage soll bei gelegener Zeit von sachkundiger Seite behandelt werden. Dagegen möchten wir auf einen anderen Mangel verweisen, der bei ihrer Verhandlung zutage getreten ist. Es ist keine Prüfung der Wege erfolgt, die beschritten werden können und unter Umständen beschritten werden müssen, um die berechtigten Forderungen des Proletariats zum Siege zu führen. Es ist das die nämliche Schwäche, die uns auch bei der Erörterung der Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung und des Kampfes gegen den Militarismus beziehungsweise den Imperialismus entgegengetreten ist. Die Internationale hat sich damit begnügt, die Auffassungen und Forderungen zu bestätigen, welche frühere Kongresse formuliert haben, und es hätte sogar nicht viel gefehlt, so wäre der Kopenhagener Kongreß hinter die Resolution der Stuttgarter Tagung gegen den Militarismus zurückgegangen. Was sich aber unseres Erachtens all den angeschnittenen Fragen gegenüber aufdrängt, ist nicht die Bekräftigung unseres Standpunktes, sondern vielmehr die Auseinandersetzung über die Methoden und Mittel, hinter unseren Standpunkt die zwingende Tat zu setzen: die notwendigen und unentbehrlichen Vorstöße der politischen Vertretung der Massen in den Parlamenten durch die einheitliche, geschlossene Aktion der Massen selbst zu unterstützen und zu vervollständigen, wie sie nur das Ergebnis eines engen Zusammenwirkens der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sein kann. Daß die Internationale zu Kopenhagen in dieser Richtung nicht einen Schritt nach vorwärts getan hat, ist von manchem unserer Organe mit dem Fehlen einer führenden Persönlichkeit erklärt worden. Wir sind darin anderer Ansicht. Nicht die führende Persönlichkeit, die führende Partei hat gefehlt. Was sich schon auf dem Stuttgarter Kongreß anzukündigen begann, trat in Kopenhagen noch stärker zutage: die deutsche Sozialdemokratie schreitet der Internationale nicht mehr führend und treibend voraus, wie sie es in den Kämpfen um die Anerkennung und die Ausnützung des Parlamentarismus als unentbehrlichem weittragendem Mittel des proletarischen Emanzipationsringens getan hat. Ihre unsterbliche geschichtliche Leistung konnte nicht zur Tat werden, ohne daß der dialektische Verlauf der Geschichte auch die

Schranken der von ihr glänzend erprobten Kampfesmethoden in die Erscheinung treten ließ. Die Entwicklung treibt weiter zum Gebrauch einer neuen Waffe, welche den Ausgebeuteten durch ihre Rolle im gesellschaftlichen Produktionsprozeß in die Hand gelegt wird und die die Massen entscheidender als bisher zu wirkenden Trägern der sozialen Kämpfe macht. Die äußere friedliche Form des Ringens zwischen den ausgebeuteten und ausbeutenden Klassen in Deutschland kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses Ringen in eine revolutionäre Phase eingetreten ist. Im Proletariat beginnt daher die Erkenntnis die Augen aufzuschlagen, daß unter bestimmten geschichtlichen Umständen der Massenstreik die gebotene Kampfweise sein wird. Die führenden Kreise dahingegen erachten die Zeit für die geistige Vorbereitung der entsprechenden Lösungen noch nicht für gekommen. Sie fürchten von der Propagierung des Gedankens eine Entwertung der alten Kampfesmethoden statt ihrer befruchtenden Belebung, die unseres Dafürhaltens ihre Folge sein muß; eine Lockerung der Organisation statt ihrer Ausdehnung und Festigung, die wir erwarten. Zu ihrer zum mindesten abwartenden, wenn nicht ablehnenden Haltung trägt ein hochgespanntes, begriffsreiches Verantwortlichkeitsgefühl das Seinige bei, die Massen auf einen neuen Weg zu verweisen, der zweifellos gefahrenvoll und opferreich wie kein zweiter ist. Die Klärung und Entscheidung der Frage ist von internationaler Bedeutung, der entscheidende Fortschritt der Internationale hängt jedoch von der Entwicklung in Deutschland ab. In dieser Frage von tiefurchender Wichtigkeit kann der Internationale nur, einer Feuersäule gleich, die Partei eines großen Landes führend voranschreiten, das zusammen mit einem reifen Kapitalismus ein Proletariat besitzt, dessen straffe, wohlausgebaute politische und gewerkschaftliche Organisationen vom Geiste des revolutionären Sozialismus geleitet werden. Diese Vorbedingungen treffen auf Deutschland zu. Daß die Zeit wiederkommt, wo die deutsche Sozialdemokratie der Internationale wieder ihr ruhmreiches Banner voranträgt, davon sind wir fest überzeugt. Die Ziffern, die hartnäckigen Dinger, welche die gewaltige und rasche Verschärfung der Klassegegensätze im Wirtschaftsleben ausweisen, die bedeutsamen Ereignisse des gewerkschaftlichen und politischen Lebens, welche die Zuspitzung der Klassenkämpfe künden, allen voran die politische Krise, der Deutschland in Verbindung mit dem Kampfe um das Wahlrecht in Preußen und für das Ende des persönlichen Regiments entgegengeht, mahnen daran, daß die schöpferische Dialektik des Lebens schneller und überzeugender wirkt als wägende Argumentationen. Sie wird früher oder später an die Stelle der Theorie die Tat setzen.

Die ökonomische Lage der russischen Arbeiterinnen.

Von Alexandra Kollontaj.

III.

I. K. Um ein vollständiges Bild von den Lebensbedingungen der russischen Proletarierin zu geben, soll noch ein flüchtiger Blick auf die innerhalb der Arbeitsräume herrschenden Zustände geworfen werden. Auch in dieser Hinsicht sind die ausländischen Klassengenossinnen günstiger daran. Vom sanitären und hygienischen Standpunkt aus sind die Werkstätten in Rußland ganz miserabel. Unsaubere, schlecht ventilierte Räume, von Staub und Dunst erfüllt, ohne die erforderliche Luftmenge, sind die Regel. In manchen von ihnen, wie in den Appreturanstalten, Zuckersfabriken usw., herrscht außerdem eine unerträgliche Hitze, so daß die erhiteten Arbeiterinnen die Fensterscheiben zerschlagen, um nicht zu ersticken, und dann dem eisigen Hauch der Winterkälte preisgegeben sind. In den Buchdruckereien und anderen Betrieben hingegen sind die Arbeitsräume ungeheizt, feucht und ohne ausreichende Beleuchtung. Es gibt kein besonderes Lokal, in dem die Mahlzeiten eingenommen werden könnten, selten einen Waschraum, die Klosetts starren von Schmutz und sind häufig

für Frauen und Männer nicht getrennt.¹ Die mit Baumwollfasern, Blei- und Tabakstaub erfüllte Luft reizt die Lunge und verursacht häufig Tuberkulose. In den Gummivarenfabriken ist die Atmosphäre so unerträglich, daß man beim ersten Besuch ohnmächtig wird. „Wenn ein Stück Fleisch 2 bis 3 Stunden in der Fabrik gelegen hat, fressen es nicht einmal die Hunde mehr,“ erzählen die Gummivarenarbeiterinnen, „doch nach und nach gewöhnt man sich daran.“ Nur die „dummen“ Säuglinge wollen die Weisheit der kapitalistischen Produktionsordnung nicht einsehen: sie weigern sich hartnäckig, die Brust der in Gummifabriken arbeitenden Mütter zu nehmen und sterben vor Hunger.² . . .

Wo die Mütter leiden, da leiden auch die Kinder der Arbeiterklasse. Die Kindersterblichkeit übersteigt in Rußland alle Grenzen; jährlich rafft der Tod 1200000 Kinder unter einem Jahr dahin. Die durchschnittliche Sterblichkeit auf 1000 Geburten wird auf 274 geschätzt, in Zentralrußland, mit der höher entwickelten Industrie, ist sie indessen noch größer: auf je 1000 Kinder unter drei Jahren sterben 445. Selbst die Ärzte stellen fest, daß die Ursache der großen Sterblichkeit der Kinder in dem „Verhungern“ der Mütter, in der Erschöpfung ihrer Kräfte durch schwere Arbeiten zu suchen ist. Die meisten Säuglinge müssen infolge der Berufstätigkeit ihrer Mütter fast vom ersten Tage ihres Lebens an die Mutterbrust entbehren lernen. In einer großen Zahl von Fabriken dürfen die Frauen ihre Kinder bei Drohung der Entlassung nicht stillen; da wo es gestattet ist, gibt es gewöhnlich keinen besonderen Raum, in dem sie das tun dürfen. Die Mutterbrust wird dem Kinde im eiskalten Gange, auf der Treppe, sogar im Fabrikhof gereicht. Keine gesetzliche Vorschrift verlangt eine Ruhezeit für die Schwangere, die Wöchnerin. Es hängt allein vom guten Willen des Unternehmers ab, ob die Schwangere einige Tage frei erhält, um ihre Niederkunft abzuwarten, oder ob sie deswegen einfach entlassen wird. Kein Wunder, daß die Frauen bis zur letzten Stunde arbeiten, und daß Fälle vorgekommen sind — zum Beispiel in der großen Textilfabrik von Thornton —, wo die Frau das Kind am Webstuhl geboren hat.

Auch die etwas älteren Kinder des russischen Proletariats leiden unter der unmenschlichen Ausbeutung der Arbeitskraft ihrer Eltern. Die Mittagspause ist in den meisten Fabriken so kurz, daß die Mutter kaum Zeit hat, für die Familie das Essen zu bereiten. Allgemeines Jammern der Mütter ertönte, als eine große Fabrik bekannt gab, die Mittagspause auf 40 Minuten festsetzen zu wollen. Nun müssen unsere Kinder vor Hunger sterben, stöhnten die Frauen. Infolge des Protestes wurde die Neuerung zurückgenommen, doch gibt es unzählige Betriebe, in denen derselbe Mißstand besteht. Besonders in den Buchdruckereien ist es üblich, die Mittagspause der Arbeiterinnen durch Überzeitarbeit zu verkürzen. Was die grobe, ungerechte, oft die Frauenehre verletzende Behandlung der Arbeiterinnen seitens der höheren Fabrikangestellten anbelangt, so unterscheiden sich die betreffenden Zustände kaum von dem, was die Lohnflavin in Deutschland und den übrigen kapitalistischen Ländern erduldet. Was aber die ausländischen Klassengenossinnen sich kaum gefallen lassen dürften, sind die täglichen körperlichen Untersuchungen beim Verlassen der Werkstätte, wobei es männliches Personal ist, das den Körper der Frau abtastet. Diese entwürdigende Gepflogenheit gelang es während der Periode der Revolution abzuschaffen, jetzt aber, nach dem Sieg der Reaktion, steht sie wieder in voller Blüte.

Angesichts der herrschenden Übel, die mehr angedeutet als erschöpfend geschildert worden sind, drängt sich die Frage auf: Gibt es denn keine Gesetze, die der Ausbeutung der weiblichen

Arbeitskraft durch die Kapitalisten eine Grenze setzen? Leider müssen wir gestehen, daß in Rußland fast gar kein gesetzlicher Arbeiterinnenschutz existiert. Wohl besteht seit 1885 ein Gesetz, das die Nachtarbeit der Frauen und der jugendlichen Arbeiter verbietet, die in der Textilindustrie beschäftigt sind. Dank einer Reihe von „Ausnahmen“ und „Zusätze“ zugunsten der Unternehmer ist jedoch die betreffende Verordnung so gut wie aufgehoben. Eine mächtige Arbeiterbewegung in der Mitte der neunziger Jahre, die den Zehnstundentag forderte, zwang die Regierung, einen Maximalarbeitstag von 11 1/2 Stunden für alle Erwachsenen einzuführen. Auch zu dieser Vorschrift gibt es so viel „Ausnahmen“, daß in Wirklichkeit der zwölf- und sogar der dreizehnstündige Arbeitstag gar zu oft selbst in Großbetrieben besteht.

Die Ergrungenschaften, die im Flammenschein der Revolution von den Arbeitern selbst erobert worden sind — der Neun- und sogar der Achtstundentag —, gehen jetzt wieder verloren. Die wirtschaftliche Depression kommt dabei der herrschenden politischen Reaktion zugute. In Rußland gibt es für die Arbeiter keine Krankenkassen,¹ keine Invalidenversicherung, nur eine sehr unvollständige Unfallversicherung. Die elementarsten sozialen Reformen, die die Arbeiter anderer Länder längst durchgesetzt haben, müssen vom russischen Proletariat noch durch harten Kampf errungen werden. Die russischen Arbeiter und Arbeiterinnen selbst erkennen das immer mehr. Sie bleiben nicht passiv. Mittels der Organisation rüsten sie sich mutig und immer besser gegen den doppelten Feind: Absolutismus und Kapitalismus. Auch die Arbeiterin tritt als bewußte Kämpferin immer häufiger das politische und ökonomische Kampffeld. So elend die gegenwärtige Lage der russischen Proletarierin auch sein mag, so schaut diese doch mit Zuversicht in die Zukunft. Hand in Hand mit den Männern ihrer Klasse und den Genossinnen der übrigen Länder hofft sie den steilen Weg des Klassenkampfes mit festem Fuße zu gehen. Und dieser Weg führt immer höher, immer näher zum Ziel: der hellen, leuchtenden neuen Welt, die das Werk der Arbeiterklasse aller Länder sein wird.

Ein Wort zur Gestaltung unserer Diskussionsabende.

Mit der wachsenden Bedeutung, welche die Frauenbewegung für die gesamte moderne Arbeiterbewegung erlangt hat, ist es immer dringendere Notwendigkeit geworden, verschiedene Fragen zu erörtern, welche sich auf die Schulung der Genossinnen und die Arbeit unter dem weiblichen Proletariat beziehen. Es scheint mir unmöglich, solche Fragen allein auf Parteitagungen und Konferenzen mit der zu ihrer Klärung notwendigen Gründlichkeit zu behandeln. Deshalb möchte ich vorschlagen, sie, soweit es der Raum der Zeitschrift erlaubt, in der „Gleichheit“ zu erörtern. Unter den in Betracht kommenden Fragen steht in erster Linie die theoretische Aufklärung der Genossinnen über die der sozialistischen Bewegung zugrunde liegenden geschichtlichen Triebkräfte sowie ihre Schulung und Weiterbildung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Dieser Aufklärung und Schulung sollen vor allem die Diskussions- und Bildungsabende der Genossinnen dienen, über deren Notwendigkeit und Ausgestaltung verschiedene Ansichten herrschen. So besteht auf Seiten der Genossen noch mancherlei Mißstimmung gegen diese Einrichtung. Sie protestieren dagegen, daß den Frauen eine „Extrawurst gebraten würde“, ein Einwand, der so alt ist wie die

¹ Der unerträgliche Zustand der Klosetts wurde 1907 in einer Fabrik mit 900 Arbeitern der Anlaß zu einem Streik, der nach der Auffassung des Fabrikinspektors als Beispiel für die „unbedeutenden“ Ursachen der Streiks dienen kann.

² Die Mißstände in den Fabriken sind so groß und so himmelschreiend, daß selbst die ganz „bureaucratisch“ gesinnten Fabrikinspektoren sich genötigt sehen, einzugreifen. Im Jahre 1907 haben die 14885 der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe Anlaß zu 16490 „Bemerkungen“ seitens der Inspektoren gegeben.

¹ Im Jahre 1908 wurde seitens der Regierung in der Duma ein Gesetzesentwurf eingebracht, der die Krankenversicherung für die Fabrikarbeiter einführt. Er ist höchst unzulänglich; die Versicherungslast wird hauptsächlich auf die Schultern der Arbeiter selbst abgewälzt, der Staat trägt nichts zu den Kosten bei, die Klassenverwaltung liegt in Wirklichkeit in den Händen der Unternehmer, die Beiträge der Arbeiter sind verhältnismäßig hoch, die Unterstützungen aber im Gegenteil niedrig usw. — Der Entwurf enthält den ersten unzulänglichen Versuch, die Wöchnerinnen in Rußland seitens des Staates zu schützen. Die Wöchnerin wird als „Kranke“ betrachtet und erhält während vier Wochen nach der Entbindung aus der Krankenkasse eine Unterstützung in der Höhe von zwei Drittel ihres Taglohns. Bei der niedrigen Entlohnung der Frauenarbeit wird ein so bemessenes Pflegegeld den Müttern kaum die nötige „Ruhe“ und „Erholung“ sichern. Obendrein ist auch diese bescheidene Reform nur auf bestimmte Arbeiterinnenkategorien beschränkt.

Betätigung der Frau in der Bewegung überhaupt. Er wurde schon zur Zeit der ersten Anfänge der proletarischen Frauenbewegung erhoben und nicht nur gegen die Diskussions- und Bildungsabende, sondern auch gegen die Zusammenkünfte, in denen die tätigen Genossinnen ihre praktischen Erfahrungen austauschten und sich dadurch für ihre Arbeit vorbereiteten und rüsteten. Und doch, wie notwendig und nützlich sind diese Veranstaltungen gewesen. Ich erinnere mich noch sehr lebhaft jener Zusammenkünfte, bei denen die Genossinnen Ihrer, Zetkin, Tietz, Tietz, Köhler und Eichhorn anwesend waren, und die uns, die wir damals der Nachwuchs waren, soviel Anregung und Anleitung vermittelten. Von den Diskussionsabenden, die die Genossin Eichhorn leitete, gilt das nämliche. Alle diese Veranstaltungen der Genossinnen waren Kinder der Notwendigkeit, und sie traten unter schwierigen Umständen ins Leben. Die Diskussionsabende, um bei ihnen zu bleiben, hatten zur Zeit des Sozialistengesetzes und in den ersten Jahren seiner Aufhebung schwer gegen Schikanen von Seiten der Behörden zu kämpfen. Sie haben sich all diesen Hindernissen zum Trotz gehalten und sehr viel zur Förderung der Frauenbewegung beigetragen, indem sie die einzelnen Genossinnen für ihr Wirken mit Kenntnissen und Geschicklichkeiten ausrüsteten. Dadurch haben sie erwiesen, daß sie ein vorhandenes Bedürfnis befriedigten, ein Bedürfnis, das auch fernerhin besteht. Alle derartigen Veranstaltungen sind eine Sache praktischer Zweckmäßigkeit. Ihr Ziel ist, es den Genossinnen zu ermöglichen, im Rahmen der allgemeinen Parteiorganisation und zu deren Besten ihre Kräfte auf die nutzbringendste Weise geltend zu machen. Allerdings werden die Diskussionsabende im besonderen von mancher Seite bekämpft mit der Begründung, daß sie eine Zersplitterung der Kräfte herbeiführen, deren Zusammenfassung so dringend notwendig ist. Allein die Erfahrung lehrt, daß die erzielten Erfolge die verbrauchte Kraft fast immer reichlich aufwiegen. So haben sich zum Beispiel die Bildungsabende in verschiedenen Gruppen des sechsten sächsischen Wahlkreises, wie Löbtau, Cotta, Strießen, Plauenischer Grund sehr gut bewährt. Das beweist auch der Jahresbericht für diesen Kreis. Die Genossinnen sind nach jahrelanger Schulung allmählich selbständig geworden und können ihrerseits die Leitung von Bildungsabenden übernehmen. Dies ist von um so größerer Bedeutung, als es nicht immer leicht ist, für diesen Posten geeignete Kräfte zu finden. Und wo diese mangeln, können nach meiner Überzeugung die Bildungsabende nicht das ausrichten, was sie ausrichten sollten. Um so wichtiger ist es also, für die Heranbildung leitender Kräfte für die Diskussions- und Besprechungsabende eben durch diese selbst zu sorgen.

Den Wert der Diskussionsabende zugegeben, taucht die Frage nach ihrer Ausgestaltung auf. Wie oft wurde ich auf meinen Agitationstouren gefragt, wenn die Rede auf die einschlägigen Veranstaltungen kam: „Ja, wie sollen wir das angehen, was sollen wir vorlesen, worüber sollen wir diskutieren?“ Auch in anderer Beziehung recht erfahrene und rührige Genossinnen wußten sich nicht recht Rat. Das ist freilich weniger der Fall in den Zentren der Bewegung und des politischen Lebens, wohl aber in solchen Gegenden, wo die Beteiligung der Frauen am proletarischen Klassenkampf noch jungen Datums ist oder gar erst anfängt. Daher möchte ich die Erörterung folgender Fragen in der „Gleichheit“ anregen: 1. In welcher Art sollen die Bildungs- und Diskussionsabende der Genossinnen im Rahmen der Parteiorganisation ausgestaltet werden? 2. Sind Vorträge oder ist das Vorlesen von Büchern und Broschüren mit anschließender Diskussion geeigneter, den gesetzten Zweck zu erfüllen und die Genossinnen zu fesseln? 3. Müssen ernste Abende mit heiteren abwechseln, die mehr den Charakter einer Unterhaltung tragen? Die Frage, ob Vorträge oder das Vorlesen geeigneter Bücher ein zweckmäßigeres Mittel zur Schulung der Genossinnen sind, findet in den meisten Fällen ihre Beantwortung dadurch, daß es zu kostspielig ist, für einen kleinen Kreis einen Vortragenden zu gewinnen, der die Diskussion leitet. Beim Vorlesen von Büchern ist die Wahl des Stoffes von außerordentlicher Wichtigkeit, und gerade in diesem Punkte bedarf manche Genossin noch der Fingerzeige. Manchmal ist ihre Wahl trotz allen guten Willens ungeschickt. Und doch bietet uns die Parteiliteratur guten und geeigneten Stoffes genug. Es kommt nur darauf an, eine dem Verständnis der Frauen angepaßte Wahl zu treffen. Die Parteibibliotheken leihen entsprechende Literatur aus, freilich nur auf eine begrenzte Zeit. An erster Stelle sollten Werke gelesen werden, die der Einführung in das sozialdemokratische Programm, dem Verständnis der proletarischen Klassenlage dienen. Sehr wichtig ist auch die Art der Behandlung des Stoffes, die wesentlich dazu beitragen kann, das Verständnis zu erleichtern und die Frauen zu fesseln. Sollen die Bildungsabende vollständig ihren Zweck erfüllen, so müssen sie ganz planmäßig ausgestaltet werden. Es müssen

den Genossinnen die dem Verhandlungsgegenstand entsprechenden Bücher zur Verfügung gestellt werden. Auch sollten Bücher, welche zum Zwecke der anschließenden Diskussion vorgelesen werden, entweder schon abschnittsweise vor jedem Abend von den einzelnen durchgenommen oder wenigstens nach jeder Zusammenkunft nachgeschlagen werden. Es müßten daher dem Diskussionsabend eine Anzahl Exemplare für solche Genossinnen zur Verfügung stehen, denen die Anschaffung der Literatur unmöglich ist. Dies ist zum Beispiel dringend notwendig bei der Behandlung von Bebel's herrlichem Buche „Die Frau und der Sozialismus“. Die Vorträge und Vorlesungen sollten sich übrigens nicht auf die Parteiliteratur beschränken, sondern gelegentlich auch andere Fragen behandeln, für die unter den Frauen besonderes Interesse vorhanden ist. Nach meiner Erfahrung wurde in Diskussionsabenden von Genossinnen häufig der Wunsch geäußert, es möchten über Mutterschaftsversicherung, Säuglingschutz, Recht des unehelichen Kindes und seiner Mutter, Tätigkeit der Frau in der Armenpflege, in der Gemeinde überhaupt referiert und diskutiert werden. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn solchen Wünschen nach Möglichkeit entsprochen würde, natürlich ohne daß der Hauptzweck der Abende darunter leidet.

Die Wichtigkeit der dritten Frage ist ebenfalls nicht zu unterschätzen. Der Wunsch nach Abwechslung, nach Ausspannung und Unterhaltung ist bei den Proletarierinnen, die den ganzen Tag in harter Fron stehen, nicht ohne Berechtigung. Wir müssen deshalb in Erwägung ziehen, was in dieser Hinsicht geschehen kann. Im sechsten sächsischen Wahlkreis hat zum Beispiel die Veranstaltung von Wanderabenden während der Sommermonate großen Anklang gefunden. Die Genossinnen verschiedener Gruppen trafen sich an einem bestimmten Punkt und verbrachten einige Stunden in fröhlichem Beisammensein, dem ein ernster Kern nicht fehlte, und gingen immer auseinander mit dem Wunsche auf eine recht baldige Wiederkehr dieser Zusammenkünfte. Während der Wintermonate wurden hin und wieder Unterhaltungsabende abgehalten, die ebenfalls sehr gut besucht waren. Gewiß würden ähnliche Veranstaltungen auch anderweitig Anklang finden.

Wenn sich die Genossinnen mit praktischen Vorschlägen oder Berichten über ihre Erfahrungen auf diesem Gebiet zu der Frage äußern wollten, so bin ich gewiß, daß dieser Meinungsaustausch in jeder Hinsicht anregend wirken und zur Förderung der praktischen Kleinarbeit beitragen würde. Marie Wackwitz.

Zur Lage der Krankenpflegerinnen.

Eine Krankenpflegerin am Berliner Virchow-Krankenhaus beging kürzlich Selbstmord — angeblich aus gekränktem Ehrgefühl. Dieses traurige Ereignis rief in den zunächst beteiligten Kreisen eine ziemlich tiefgehende Erregung hervor. Es drangen in der Folge geradezu empörende Einzelheiten über die Bedingungen, unter denen einer der aufreibendsten und verantwortungsvollsten Berufe ausgeübt wird, an die weitere Öffentlichkeit. Natürlich traten sofort auch etwelche freiwillige Beschäftigungshofräte in Funktion, die — wie Prof. Dr. Grawitz in der Sacher'schen „Woche“ — nachzuweisen suchten, daß im Grunde alles in vortrefflicher Ordnung sei. Unsere arbeitende Bevölkerung, die im Falle von Erkrankungen hauptsächlich auf die Anstaltspflege angewiesen ist, weiß jedoch längst, daß in unseren Krankenhäusern sehr vieles nicht so ist, wie es sein sollte.

Die Hauptschuld daran trägt — wie bei allen übrigen Unterlassungssünden auf dem Gebiet des Gemeinwohls — der Mangel an Mitteln. Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik verdrängen von den Steuergroschen, die dem Volke auf direktem Wege oder in Gestalt von Verkehrs- und Verzehrsteuern abgenommen werden, solche Unsummen, daß für Kulturzwecke kaum das Allernotdürftigste übrig bleibt. Die ungeheuerliche Überbürdung und Ausnützung der Krankenpflegerinnen ist nur ein Teil der allgemeinen Krankenhausmiserie, die wir auf das Schuldkonto jener verwerflichen und gemeinschädlichen Sparpraxis zu schreiben haben.

In der Frauenundschau des „Berliner Tageblatts“ wurde kürzlich die Zahl der Krankenpflegerinnen in Deutschland auf zirka 41 000 angegeben. Darunter befinden sich 20 000 Nonnen, 14 000 Diakonissinnen und mit Einrechnung der Schwestern vom Roten Kreuz 7 000 freie Schwestern. Die religiösen Organisationen angehörenden Schwestern sind also weitaus in

der Überzahl, und der von ihrem Beruf seit Jahrhunderten unzertrennliche Begriff der klaglosen Aufopferung, der absoluten Unterordnung und Gehorsamspflicht, der Arbeit „um Christi willen“, „um sich einen Thron im Jenseits zu erobern“, ist von der verhängnisvollsten Wirkung gewesen für die Frauen, die in unserer Zeit die Krankenpflege als Erwerbsberuf übernahmen. Mit der Arbeitskraft der freien Pflegerinnen wird der allerschlimmste Raubbau getrieben, ohne daß ausreichende Ernährung, anständige Bezahlung und gesicherte Pensionsverhältnisse für Alter und Invalidität gewährt werden. Dabei wird kaum für einen anderen Beruf so eifrig die Werbetrommel gerührt wie für den der Krankenpflegerin. Der Nimbus, der ihn seit alter Zeit umgibt, die bürgerliche Respektabilität, die ihn vor manchen anderen Berufen besonders auszeichnen soll, die rellamehaften Zusicherungen einer gesicherten Lebensstellung, Altersversorgung usw. werden als Köder benutzt zusammen mit dem Hinweis darauf, daß dieser Beruf der weiblichen Eigenart entspreche wie wenige andere. Das skrupellose Anwerben und Anlocken mit solchen Mitteln, das nachgerade einer Vorspiegelung falscher Tatsachen gleichkommt, ist ein Geschäft wie jedes andere. Es wird vorwiegend von Damen mit klangvollen adeligen Namen betrieben, die sich den vertrauenerweckenden Titel „Oberin“ eigenmächtig belegen. Es sind fast durchweg gecheiterte Existenzen, die sich durch Vermittlung weiblicher Pflegekräfte für Kranken- oder Privathäuser ernähren und damit den Betrieb von Pensionen, sogenannten „Schwesternheimen“ verbinden, in denen die freien Krankenpflegerinnen in Zeiten von Beschäftigungslosigkeit und Krankheit aufgenommen werden, natürlich gegen bare Bezahlung.

Außer in den schon erwähnten, aus Fachkreisen stammenden Mitteilungen in der Tagespresse findet sich reiches Material zur Beurteilung der Notlage der Krankenpflegerinnen in zwei zusammenhängenden Darstellungen, in dem kleinen Schriftchen: „Unsere Krankenpflegerinnen“ von J. B. v. Zehmen (Verlag Felig Dietrich, Leipzig) und in dem mehr als 800 Druckseiten umfassenden Buche „Dornenpfade der Barmherzigkeit“ aus Schwester Gerda's Tagebuch. Herausgegeben von Schwester Henriette Arendt, der auch unseren Lesern nicht unbekannt Verfasserin der vor zwei Jahren erschienenen Schrift „Menschen, die den Pfad verloren“.

Zu den düsteren Tagebuchblättern aus sechs Jahren der Krankenpflege hat Schwester Agnes Karll, die Vorsitzende der Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands, eine Einführung geschrieben. Sie bestätigt, was wir inzwischen noch aus anderen Quellen erfahren haben, daß all die von Schwester Gerda ausführlich mitgeteilten Tatsachen durchaus der Wahrheit entsprechen. Die Schülerinnen, welche sich, angelockt durch die oben gekennzeichneten gewissenlosen Versprechungen, zur Erlernung und Ausübung der Krankenpflege auf mehrere Jahre verpflichten, ahnen, wie Schwester Gerda, gewöhnlich nicht, welch schweres Leben ihrer harret. Sie sind oft sehr jung — die untere Altersgrenze ist 18 bis 20 Jahre — und meist gar nicht in der Lage, zu beurteilen, ob sie der Krankenpflege, die vor allem vollkommene körperliche und seelische Gesundheit erfordert, gewachsen sind. Wie J. B. v. Zehmen betont, ist der Beruf der Krankenpflegerinnen der einzige nicht überfüllte Frauenberuf. Diese Tatsache ist ebenso festgestellt für die auf konfessioneller Grundlage organisierten Diakonissenvereine wie für die sogenannten freien Vereinigungen. Das fehlende Angebot von Arbeitskräften verhindert eine sachgemäße Auswahl, und so werden zahllose junge Mädchen in wenigen Jahren in einem Berufe hingeopfert, dessen Gefahren, körperlichen Anstrengungen und seelischen Erschütterungen sie in keiner Weise gewachsen waren. Eine Statistik der „Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands“ weist nach, daß 95 Prozent der Schwestern nach zehn Dienstjahren bereits überanstrengt waren. Davon waren 89 Prozent unter 25 Jahre, 70 Prozent unter 30 Jahre und 95 Prozent unter 40 Jahre alt. Von 2500 Schwestern erkrankten während der Pflegezeit an: Bleichsucht 326, Nervenerkrankungen 148, Influenza 204, Halskrankheiten und Bronchitis 222, Diphtherie

169, Typhus 108, Blinddarmentzündung 175. Es ist klar, daß eine überbürdete Schwester den zahlreichen Ansteckungsmöglichkeiten bei der Pflege viel leichter erliegt als eine Pflegerin, der ausreichende Erholungszeiten sowie alle Erleichterungen zugestanden werden, die in einem so schweren Beruf als selbstverständlich gelten müßten. Die Arbeitszeit der Krankenpflegerinnen beträgt durchschnittlich 12 bis 15 Stunden, vielfach ohne ausreichende Ruhepausen. Da männliche Krankenpfleger für die Hungerlöhne, welche die Krankenhäuser ihren Angestellten bezahlen, nur in ganz unzureichender Zahl zu haben sind, mutet man den Schwestern die peinlichsten und ekelhaftesten wie auch die schwersten Arbeiten zu. 50 Prozent der Schwestern, heißt es in dem Tagebuch, sind unterleibskrank infolge von Verhebungen beim Umbetten und beim Transport der Patienten zum und vom Operationstisch. Da an Personal für die gewöhnlichen Reinemachearbeiten ebenfalls gespart wird, fällt den Schwestern oft auch das Scheuern der Fußböden, das Fensterputzen usw. zu. Sehr schwer ist der Dienst auf Stationen mit ansteckenden Krankheiten. So stellt Diphtheriepflege die höchsten Anforderungen an die Kraft, Umsicht und Ausdauer der Pflegerinnen. Angestrenzte Nachtwachen bei großer Patientenzahl und der in den Krankensälen oft herrschenden schlechten Luft sind geeignet, auch die festeste Gesundheit in kurzer Zeit zu zerrütten. Der Frauen-Rundschau des „Berliner Tageblatts“ schrieb eine Schwester über den Nachtdienst: „Das städtische Klassenkrankenhaus hat drei Etagen, die sämtlich eine Schwester nachts zu besorgen hat. In der mittleren Etage hat sie ihr Quartier aufgeschlagen, und dann geht's hinauf und hinunter. Eine solche Tour dauert mindestens vier Wochen. Es sind dies in der Hauptsache Kranke der wohlhabenderen Stände, und diese sind leider meist noch anspruchsvoller als andere.“

Es ist übrigens eine ständig wiederkehrende Klage in den uns vorliegenden Schriften, daß gerade in zahlungsfähigen Kreisen ganz außerordentliche Anforderungen an die Schwestern gestellt werden, und zwar vor allem in der Privatpflege. „Man sieht in der Schwesternhaube den Heiligenschein, der unerschöpfliche Kräfte verleiht und alle irdischen Bedürfnisse beseitigt.“

Und nun die materielle Lage der Krankenpflegerinnen. Hier liegt noch alles im argen. Die Diakonissinnen erhalten von den Mutterhäusern ihrer konfessionellen Vereinigungen ein Taschengeld. Nicht viel mehr gewährt man den freien Schwestern. Sie erhalten neben freier Station, die im Punkte der Verpflegung sehr viel zu wünschen übrig läßt, ein Anfangsgehalt von 30 Mk. monatlich, das von drei zu drei Jahren bis 45 Mk. steigt. Davon geht die Versicherungsprämie für eine Zwangsinvalidenversicherung beim „Anker“ ab sowie die Kosten für Anschaffung der Tracht und die sehr hohen laufenden Beiträge für die Wäsche von Hauben, Bändern usw. Jede Unterbrechung ihrer Tätigkeit durch Krankheit kann die freie Pflegerin in Schulden stürzen, denn ihre geringen Ersparnisse pflegen in den „Schwesternheimen“ schnell aufgezehrt zu werden.

In Berücksichtigung aller dieser Umstände ist es kein Wunder, daß die Pflegerinnen ihre Kräfte sehr schnell verzehren. Erschreckend groß ist die Zahl derer, die schon vor Ablauf der zur Pensionierung berechtigenden zehn Jahre ihre Gesundheit und Arbeitskraft verbrauchen und dann aller Not preisgegeben sind.

Gegen solche Zustände muß bei jeder sich bietenden Gelegenheit Protest erhoben werden. Nicht nur die freien Pflegerinnen zählen zu den Leidtragenden dieses Ausbeutungssystems, sondern auch das große Publikum, vor allem die unbemittelten Kreise, die ihre Kranken einer so mangelhaft organisierten Pflege überlassen müssen, die bei aller persönlichen Hingebung und Selbstaufopferung doch nicht das leisten kann, was geleistet werden muß. Die Vertreterinnen dieses schweren, verantwortungsvollen und gefährlichen Berufs, die unentbehrlichen Gehilfinnen des Arztes müssen durch ausreichende Hilfskräfte von ungeeigneten Arbeiten entlastet werden. Vor allem aber gebührte ihnen eine auskömmliche Besoldung, kurze Arbeitszeit und eine gesicherte Versorgung im Alter und bei Invalidität. Auch unter den heutigen Verhältnissen kann eine derartige Reform der Kranken-

pflege angebahnt werden, wie England und die Vereinigten Staaten von Amerika mit ihrem hochentwickelten Krankenpflegesystem beweisen. Der finstere Geist der Entfagung, der Isolierung von dem großen Gemeinschaftsleben, des religiösen Fanatismus, wie wir ihn in den konfessionellen Pflegeorganisationen Deutschlands so stark ausgeprägt finden, dieser mittelalterliche Geist paßt in unsere moderne Zeit nicht mehr hinein. Es ist deshalb auch ganz verkehrt, für den Beruf der „freien“ Pflegerinnen in erster Linie „religiöse Vertiefung“ zu fordern. Wenn die konfessionellen Pflegeorganisationen an Werbekraft eingebüßt haben, wenn sie seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts schon nicht mehr imstande sind, der Nachfrage nach Pflegerinnen zu genügen, so ist klar erwiesen, daß die Weiterentwicklung des Krankenpflegerinnenberufs sich nach der Richtung der freien Vereinigungen vollziehen wird und muß. Was diese Entwicklung vorläufig noch hemmt, das ist die wirtschaftliche Not, die Überbürdung, die drückende Abhängigkeit der „freien“ Schwestern. Diese Äbel können am besten auf dem Wege der Organisation bekämpft werden. Die ersten Anfänge zu einer solchen sind bereits gemacht worden. Seit sieben Jahre besteht eine 2700 Mitglieder zählende Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands, die sich dem Pflegerinnen-Weltbund angeschlossen hat. Nur die bittere Not hat sie zu diesem Akt der Selbsthilfe getrieben, die ihnen von gewisser Seite sehr verübelt wird, obwohl aus freien Stücken so gut wie nichts geschah, um den berechtigten Wünschen nach wirtschaftlicher Hebung des Pflegerinnenberufs entgegenzukommen. Erst wenn die materielle Basis desselben unter dem Einfluß der Agitation durch eine kraftvolle Organisation den modernen Anforderungen entsprechend gestaltet ist, werden sich in größerer Zahl geeignete Persönlichkeiten finden, die, von wahrer Humanität befeuert, ihre Arbeitskraft und Berufsfreudigkeit, ungehemmt durch drückende Sorgen, dem schweren, aber schönen Beruf der Krankenpflege widmen können.

M. Kt.

Unsere Frauen in den Jugendbildungskommissionen.

Unsere Arbeiterfrauen als Hausfrauen und Kindererzieherinnen sind schlimm daran. Die Gründe brauchen an dieser Stelle nicht des langen und breiten aufgezählt werden. Soweit wir Sozialdemokraten in Betracht kommen, sind wir bestrebt, die Frauen immer mehr in den Bereich der öffentlichen Tätigkeit einzubeziehen, sie namentlich auch mit all den interessanten, aber auch schwierigen Problemen vertraut zu machen, deren Lösung uns vorbehalten ist. Der sehnliche Wunsch vieler unserer tätigen Genossinnen, in den Jugendbildungskommissionen vertreten zu sein, ist in Erfüllung gegangen, und soweit man sich ein Urteil bilden kann, füllen sie ihren Posten mit Erfolg aus.

Je intelligenter und bildsamer die Genossinnen sind, desto größer ist auch der Einfluß, den sie auf die Jugend ausüben können. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei der Jugend das Temperament eine hervorragende Rolle spielt. Gerade in den Jugendorganisationen treten daher die Temperamentsunterschiede stark hervor, und die sich in dieser Beziehung bekundenden Kräfte in die richtigen Bahnen zu leiten, dem Dienste unserer Ideen ganz nutzbar zu machen, darin erblicke ich neben anderen wichtigen Dingen eine der Hauptaufgaben der Genossinnen, die in den Jugendbildungskommissionen mitwirken. Es sei mir gestattet, aus meiner Praxis einige Beispiele anzuführen.

In Breslau hatten wir in der Jugendorganisation einen Feuerkopf, dessen Parole war: biegen oder brechen. Er war in einer katholischen Stadt Schlesiens geboren. Trotz seiner Intelligenz war es häufig schwer, mit ihm zu verhandeln. Immer wieder bäumte sich sein Temperament gegen gefasste Beschlüsse und Anordnungen auf. Der Jüngling war aber durchaus nicht nervös, wie mancher vielleicht einwenden könnte. Es stand dies zweifelsfrei fest und kam auch darin zum Aus-

druck, daß er durch eine für sein Alter — 19 Jahre — sehr klare, überlegte, wunderbare Beredsamkeit jugendliche Kameraden zur Mitarbeit in einer Weise anzufeuern vermochte, um die ihn manch Erwachsener beneiden konnte. Der junge Mann war — um es kurz zu sagen — eine Heroennatur (Heldennatur), deren geistig-sittliche Eigenart sich nur schwer in eine Organisation einordnen ließ, wo es vor allem auf Einheit und Einigkeit ankommt.

Im schärfsten Gegensatz zu dieser von Leidenschaft durchglühten Natur, die am liebsten alles, was sich ihr entgegenstellt, über den Haufen rennen möchte, steht der Phlegmatikus, dem alles schnuppe ist. Die Jugendbildungskommission muß auch mit diesem rechnen. Die in ihr tätigen Genossinnen und Genossen müssen mit Verständnis und erzieherischem Takt den weiten Weg zurücklegen können, der zwischen diesen Extremen liegt. Ich habe es erlebt, daß die schönsten Gedanken — jedenfalls bildeten wir uns ein, daß wir solche gaben — an jungen Phlegmatikern abprallten. Ihre Zweifel an der Güte, an der Durchführbarkeit einer bestimmten Sache waren unerschöpflich. Die Natur hatte ihnen die Gabe des Miterlebens nicht gegeben, und deshalb sträubten sie sich gegen schöpferische Arbeit oder Mitarbeit selbst im kleinen Rahmen.

So himmelweit verschieden die beiden umrissenen Temperamente auch sind, in einem Punkte begegnen sie sich immer wieder: Selbständigsein und Selbständigwerden! Jeder geistig geweckte, gesund entwickelte und charaktervolle junge Mensch konzentriert seinen Willen auf diesen Punkt. Trotz alledem trägt er noch die Eierschalen seiner Kindheit: den Nachahmungstrieb. Die Jugend will selbständig sein (was ist denn auch löstlicher?), aber sie ist nichtsdestoweniger in ihrem Tun vielfach von den Erwachsenen abhängig. Es drängt sie, sich „erwachsen“ zu geben. Soweit das von Arbeit, Studium, Turnen usw. gilt, ist dagegen wahrhaftig nichts einzuwenden. Mögen es da die Jungen den Alten gleichtun, ja sie zu überflügeln trachten. Anders wird die Sache, wenn es sich um Rauchen, Alkoholtrinken und Kartenspielen handelt. Die Jugendbildungskommissionen, die sich in der Mehrzahl aus erwachsenen Frauen und Männern zusammensetzen, täten gut, diesen Dingen ihr Augenmerk zuzuwenden. Der Kampf zwischen Selbständigkeit und Nachahmungstrieb, das Ringen der zwei Seelen miteinander, die in einer Brust wohnen, muß von den Mitgliedern der Jugendbildungskommissionen beobachtet und berücksichtigt werden. Hier setzt die große Bedeutung und Macht des persönlichen Beispiels ein. Das dürfen die Jugendbildner nie vergessen. Sie müssen der ihnen anvertrauten Schar das Beispiel einer überlegenen, freigewollten Selbstzucht zeigen, die kein Hingeben an jene Gewohnheiten und Ansitten zuläßt, welche leider noch immer von viel zu vielen als besondere Zeichen des „Erwachsenseins“ und „männlicher Kraft und Selbständigkeit“ angesehen werden.

Alle mittleren Temperamente haben wir übergangen, weil ihre jugendlichen Träger sichtbarlich leichter zu erfassen und dem Ganzen einzufügen sind als Feuerköpfe und Phlegmatiker. Schwierig ist es gerade, die stark gegensätzlichen Köpfe zu gewinnen, um sie in tatkräftigem Arbeiten und Handeln gleichsam zu einer vollkommeneren Einheit zu verschmelzen. Aus dieser Sachlage geht die dringende Notwendigkeit hervor, die Mitglieder für die Jugendbildungsausschüsse mit großer Sorgfalt auszuwählen. Jemand, der als Mitglied eines Jugendauschusses im Winter oder Vorfrühling die Ansicht vertritt, daß es für Ausflüge zu kalt sei, paßt kaum besonders für sein Amt. Die jungen Leute sollen zur Freude an der Natur erzogen werden, die immer schön ist, auch wenn es draußen kalt ist, sie sollen ihre Kräfte entwickeln und üben, auch wenn weniger angenehme Witterung herrscht und ihre Ausflüge mit Unbequemlichkeiten verbunden sind.

Die Jugendbildungsausschüsse sollen der Jugend nicht nur herzhafte Fröhlichkeit bieten, sondern auch tiefen, geläuterten Ernst! Dazu bedarf es der Zusammenfassung verschiedenartig begabter und entwickelter Kräfte, wie sie durch eine entsprechende Zusammensetzung der Ausschüsse verbürgt wird. Ein bestimmtes

Schema, wie man die verschiedenen, besonders aber die stark gegensätzlichen Temperamente in die Organisation eingliedert, läßt sich natürlich nicht aufstellen. Jedoch eins darf als Regel gelten: ein gewisses Gewährenlassen ist notwendig, namentlich wenn die Brauselöfse nicht zurückgestoßen werden sollen. Auch den Jugendlichen gegenüber, und gerade ihnen gegenüber müssen wir den Grundsatz festhalten: Achtung vor der persönlichen Eigenart. Wird in der Folge von dem einen oder anderen die Grenze des für die Gesamtheit Erträglichen überschritten, dann hilft vielleicht ein milder Tadel unter vier Augen am besten; wenn es not tut, kann aber auch eine scharfe Zurechtweisung nicht erspart werden. An welche Saite zu rühren ist, das liegt in der Hand des oder der Erzieher und hängt von der genauen Kenntnis jedes einzelnen der jugendlichen Persönlichkeiten ab, die ihnen anvertraut sind. Daß die Entscheidung richtig fällt, hat große erzieherische Begabung und — Selbsterziehung zur Voraussetzung. Unter denen, die noch im Mittel des Arbeiters ihr Brot verdienen und gleichzeitig zu Erziehern der Jugend berufen wurden, kannte ich nur einen, der die wunderbare Gabe in sich trug, die stürmischen wie die phlegmatischen Gemüter zu fesseln und zu beeinflussen. Persönlichkeiten, denen das vergönnt ist, sind die geborenen Erzieher. Ihr sicherer Instinkt sagt ihnen das Richtige. Wer die Jugend lenken und leiten will, der hüte sich, seine „Autorität“ ins Treffen zu führen. Auf Jugendliche wirkt dieses „Argument“ nur lächerlich. Es ist übrigens fast stets schon in der Schule kompromittiert worden, denn ein großer Teil unserer Lehrerschaft ist noch immer der Ansicht, daß ihre „Autorität“ alles das bewirken muß, was ihre pädagogische Kunst nicht zu leisten vermag. Um so mehr Grund für die Jugendkommissionen, das Austrumpfen mit der Autorität zu lassen.

Unseren Genossinnen eröffnet sich in den Jugendbildungsausschüssen ein schier unerschöpfliches Arbeitsgebiet. Sie sollen die proletarische Jugend in einem günstigen Sinne beeinflussen, sie sollen das zum Lichte strebende junge Leben reif und stark machen für den Kampf ums Dasein und für den Befreiungskampf der Klasse. Das moderne kämpfende Proletariat hat sich eine große Anzahl verschiedener Armeekorps geschaffen. Eines der wichtigsten davon wird das des jungen Nachwuchses sein. Die Zukunft wird den Ausbau dieses Korps, aber auch die pädagogischen Talente bringen, deren es zu seiner Schulung bedarf.

L. Radlof.

Das eheliche Erbrecht.

Das Verhältnis des überlebenden Ehegatten zu den erbberechtigten Verwandten des Erblassers ist vom Bürgerlichen Gesetzbuch in der Weise geregelt, daß neben dem Ehegatten nur die Verwandten der ersten Ordnung (Abkömmlinge des Erblassers), der zweiten Ordnung (Eltern und Geschwister des Erblassers und deren Abkömmlinge) und aus der dritten Ordnung noch die Großeltern zur Erbfolge gelangen. Der Erbteil des Ehegatten bemißt sich nach der Ordnung der miterbenden Verwandten. Hinterläßt der Verstorbene Abkömmlinge, so erbt der überlebende Ehegatte ein Viertel des Nachlasses. Erbt der überlebende Ehegatte neben Eltern, Geschwistern und Abkömmlingen von solchen oder neben Großeltern, so beträgt sein Erbteil die Hälfte der Erbschaft. Sind in der dritten Ordnung neben Großeltern Abkömmlinge von solchen vorhanden, so fallen deren Anteile nicht den Großeltern, sondern dem Ehegatten zu, so daß sich dessen Erbteil um diese Anteile vergrößert. Mithin schließt der überlebende Ehegatte Oheim, Tante, Vettern und Basen des Erblassers von der Erbschaft aus. Sind keine Erben der ersten und zweiten Ordnung und aus der dritten Ordnung keine Großeltern vorhanden, so erhält der Ehegatte den ganzen Nachlaß.

Das Bürgerliche Gesetzbuch ist mit dieser Ordnung des gesetzlichen Erbrechts der Ehegatten den neueren deutschen Landrechten gefolgt, die hinsichtlich des Erbrechts den überlebenden Ehegatten bereits günstiger stellten als beispielsweise das fran-

zösische Recht, nach welchem dem Ehegatten erst hinter sämtlichen erbberechtigten Verwandten ein Erbrecht eingeräumt wird. Hingegen hat das Bürgerliche Gesetzbuch das Nießbrauchsrecht des überlebenden Ehegatten an den Erbteilen der Miterben, wie es frühere Rechte vielfach kannten, gänzlich ausgemerzt. Es ist damit zahlreichen Bedenken und Nachteilen, die mit der Einräumung einer Nießnießung notwendig verknüpft sind, ausgewichen. Die Einräumung einer größeren festen Erbquote an Stelle eines kleineren Erbteils zu Eigentum neben der Nießnießung an Erbteilen der Miterben ist namentlich für Frauen vorteilhaft, die nach dem Tode des Mannes, um sich und die Kinder durchzubringen, genötigt sind, ein selbständiges Erwerbsgeschäft zu betreiben.

Endlich räumt das Gesetz dem überlebenden Ehegatten noch ein Vorzugsrecht ein, sofern der Verstorbene keine Abkömmlinge, sondern nur Eltern, Geschwister, Geschwisterkinder oder Großeltern hinterläßt. In diesem Falle erhält nämlich der Ehegatte außer der Hälfte des Nachlasses als Voraus die zum ehelichen Haushalt gehörenden Gegenstände, soweit sie nicht Zubehör eines Grundstücks sind, und die Hochzeitsgeschenke. Daraus ergibt sich, daß der Ehegatte den Nachlaß allein erhält, wenn einzig jene Gegenstände den Nachlaß bilden und weder Kinder noch Kindeskinde des Erblassers vorhanden sind. — Der Erblasser kann aber seinem Ehegatten den Voraus durch letztwillige Verfügung entziehen. Dagegen kann der überlebende Ehegatte nicht vollständig von der Erbfolge ausgeschlossen werden; es gebührt ihm vielmehr in jedem Falle ein Pflichtteil, den das Gesetz auf die Hälfte des gesetzlichen Erbteils festsetzt. Demnach beträgt der Pflichtteil des Ehegatten, wenn er mit Abkömmlingen konkurriert, ein Achtel, wenn er neben Erben der zweiten Ordnung oder neben Großeltern zur gesetzlichen Erbfolge berufen ist, ein Viertel, und wenn er neben entfernteren Verwandten berufen ist, die Hälfte des Nachlasses.

Das Erbrecht des überlebenden Ehegatten sowie das Recht auf den Voraus setzen immer eine gültige, bis zum Tode des Erblassers fortbestehende Ehe voraus. War die Ehe vor dem Tode des Erblassers rechtskräftig geschieden, so hat mithin der überlebende Teil kein Erbrecht. Ob der überlebende oder der verstorbene Teil für schuldig erklärt worden ist, kommt nicht in Betracht. Diese erbrechtlichen Wirkungen der Ehescheidung knüpft das Gesetz unter gewissen Voraussetzungen schon an die Erhebung der Scheidungsklage. Diese Voraussetzungen sind: es muß ein Verschulden des überlebenden Ehegatten, das als Scheidungsgrund gilt, vorliegen, und wegen dieses Verschuldens muß der Erblasser zur Zeit seines Todes auf Scheidung zu klagen berechtigt gewesen sein. Das Erbrecht des überlebenden Ehegatten fällt also nicht dahin, wenn Geisteskrankheit der Scheidungsgrund ist, denn diese bildet kein Verschulden; und ebensowenig fällt es dahin, wenn zwar ein Verschulden auf Seiten des überlebenden Ehegatten vorliegt, aber das Klagerrecht des Erblassers durch Verzeihung oder durch Fristablauf erloschen war oder aus prozessualen Gründen nicht mehr geltend gemacht werden konnte. Unter den gleichen Voraussetzungen bewirkt schon die Erhebung der Klage auf Scheidung oder auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft die Unwirksamkeit einer letztwilligen Verfügung, durch die der Erblasser seinen Ehegatten bedacht hat, ferner die Unwirksamkeit eines gemeinschaftlichen Testaments und eines Erbvertrages.

Der Absicht der gesetzlichen Fürsorge für die schwangere Mutter und das ungeborene Kind ist die Bestimmung entsprungen, daß, wenn zur Zeit des Erbfalls die Geburt eines Erben zu erwarten ist, die Mutter, die sich selbst zu unterhalten außerstande ist, bis zur Entbindung standesmäßigen Unterhalt aus dem Nachlaß oder, wenn noch andere Personen als Erben berufen sind, aus dem Erbteil des Kindes verlangen kann. Bei der Bemessung des Erbteils ist anzunehmen, daß nur ein Kind geboren wird.

Ernst Oberholzer, Zürich.

Bericht der Berliner Kinderschutzkommission.

Die Kinderschutzkommission für Berlin und Umgegend wurde Ende November 1909 durch den Zentralvorstand der Wahlvereine und die Berliner Gewerkschaftskommission neu begründet. Trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens kann sie bereits auf eine erfolgreiche Wirksamkeit zurückblicken. Der Hauptzweck ihrer Tätigkeit ist, die Kinder vor allzufrüher Erwerbstätigkeit zu bewahren. In Berlin und Umgegend wird die kindliche Arbeitskraft vor allem ausgenutzt zum Austragen von Zeitungen, Backwaren und Milch. In den frühesten Morgenstunden sieht man Hunderte, ja Tausende von Kindern diese Tätigkeit ausüben. Oftmals findet man diese kleinen, wehrlosen Opfer der Ausbeutung todmüde schlafend in den Treppenecken vor. Aber nicht nur diese schmachvollen Zustände zu beseitigen, ist die Aufgabe der Kommission, sie tritt auch der Kinderverwahrlosung und Kindermisshandlung entgegen. Bei dieser Arbeit setzt sie sich, wo immer es nur möglich ist, mit den Eltern der Kinder in Verbindung und sucht auf sie einzuwirken, indem sie ihnen Aufklärung über die furchtbaren Folgen der Ausbeutung der kindlichen Kräfte gibt.

Die Genossinnen, die als Kontrolleurinnen der Kommission wirkten, traten während der Berichtszeit mit 181 Familien unmittelbar in Verbindung, und auf ebensoviel Fragebogen haben sie die traurigen Familienverhältnisse festgehalten, die meist die Ursache der Kinderausbeutung sind. 40 von diesen Fragebogen enthalten ein geradezu entsetzliches Elend. Doch lassen wir die Augenzeugen selbst schildern.

„Die Familie, die ich zu kontrollieren hatte,“ meldet eine Genossin, „besteht aus acht Personen, davon sechs Kinder im Alter bis zu 11 Jahren, abgemagert und bleich aussehend, zwei Kinder im Alter von 9 bis 11 Jahren tragen mit der Mutter Frühstück aus und erhalten dafür monatlich zusammen 9 Mk. Beim Betreten der Wohnung dieser Familie grinst einem das nackte Elend ins Gesicht. Die Mutter erzählt unter Tränen: Zwei Kinder befinden sich im Krankenhaus, eins liegt krank zu Hause. Der Mann mit dem geringen Verdienst von 28 Mk. kann nicht alles erhalten. Die Mutter versichert, daß sie vom 1. Februar ab eine Kontorreinigungsstelle übernimmt und dann die Kinder kein Frühstück mehr austragen sollen.“

Eine andere Genossin berichtet: „Die Mutter ist seit vier Jahren Witwe und hat zwei nichtselbständige Kinder, sie verdient durch Nähen und Waschen wöchentlich 7,50 Mk. und erhält monatlich 6 Mk. Armenunterstützung. Die Mutter möchte ihre Kinder sehr gern nicht beschäftigen, aber sie kann ohne den Verdienst der Kinder nicht leben.“

Wenden wir in eine dritte Familie. „Sie besteht aus fünf Personen, drei unselbständigen Kindern, die Mutter verdient wöchentlich 4 Mk. Armenunterstützung erhält die Familie 18 Mk. monatlich. Der Vater ist Invalide und bekommt monatlich 18,65 Mk. Invalidenrente, er ist auf einem Auge erblindet und leidet an offenen Füßen; weil er nicht imstande ist zu arbeiten, ist er trübsinnig geworden und mußte infolgedessen schon oftmals eine Heilanstalt aufsuchen. Die Mutter klagt, daß das Einkommen nicht ausreicht und die Kinder deshalb mitverdienen müssen.“

Ein anderer Fall: „Die Familie besteht aus sechs Personen, darunter vier unselbständige Kinder im Alter von $\frac{1}{4}$ bis 13 Jahren. Der Vater verdient 18 bis 19 Mk. die Woche. Die Mutter trägt mit ihrem 13jährigen Sohne Frühstück aus, und sie erhalten dafür monatlich 12 Mk. und täglich für 30 Pf. Frühstück. Die Mutter erklärt, sie braucht den Jungen, um mit seiner Hilfe Frühstück austragen zu können, sie hat kranke Füße und deshalb ist ihr die Arbeit allein zu schwer. Bei dem Lohne von 85 Pf. die Stunde kann der Mann die Familie nicht ernähren.“ Unsere Genossin erklärt: „Infolge der großen Not, die in der Familie herrscht, fühle ich mich außerstande, hier weiter vorzugehen, zumal der Junge im Oktober die Schule verläßt.“

Es ließe sich noch eine ganze Reihe ähnlicher Zustände schildern. Sie können nur immer wieder die Tatsache erhärten, daß in den meisten Fällen die Ausbeutung der Kinder durch grauenhafte Not in den Familien veranlaßt wird. Allerdings kommt es auch vor, daß Geschäftsinhaber aus Habgier gewissenlos genug sind, ihre eigenen Kinder schon in zartem Alter auszunutzen, und leider gibt das Gesetz keine genügende Handhabe, in diesem Falle einzuschreiten.

Was die Art der Erwerbstätigkeit der Kinder betrifft, so geben die 181 Fragebogen in 193 Einzelfällen Auskunft. Mit Zeitungsaustragen waren 82 Knaben im Alter von 4 bis 14 Jahren und 88 Mädchen im Alter von 6 bis 13 Jahren beschäftigt; mit dem Austragen von Milch- und Backwaren 43 Knaben im Alter von 6 bis 14 Jahren und 24 Mädchen im Alter von 6 bis 14 Jahren. 11 Knaben und 16 Mädchen im Alter von 7 bis 14 Jahren wurden

von ihren Eltern zum Hausieren geschickt. Außerdem wurden beschäftigt 1 Knabe, 13 Jahre alt, zum Wiegen und Packen, 1 Knabe, 12 Jahre alt, zum Getreidewiegen. Beim Kegelaufsetzen waren 8 Knaben im Alter von 10 bis 13 Jahren tätig, zu Potengängen wurden 3 Knaben und 1 Mädchen im Alter von 13 Jahren, zum Aufwarten 8 Mädchen von 6 bis 12 Jahren, mit Steintragen 1 Knabe von 10 Jahren, mit Bierauschänten 1 Knabe von 12 Jahren und mit Druckerarbeiten 1 Knabe von 12 Jahren beschäftigt. In dumpfen Kellerhöhlen lebten 1 Mädchen und 3 Knaben im Alter von 13 Jahren Lüten; der Raum diente zugleich als Schlafraum. Auf dem Viehhof arbeiteten 5 Knaben im Alter von 11 bis 13 Jahren in Räumen, die mit bestialischem Gestank angefüllt sind. In beiden letzteren Fällen konnte durch Vorstelligerinnen der Kontrolleurinnen die Beschäftigung der Kinder auch sofort beseitigt werden. Da Kinder sonst keinen Zutritt zum Viehhof haben, hat die Direktion unverantwortlich gehandelt, daß sie in diesen Fällen Einlaßkarten ausstellte. 84 Kinder, die bei der Arbeit angetroffen wurden, machten einen sehr elenden und schwächlichen Eindruck. 75 von den 193 beschäftigten Kindern gelang es den Kontrolleurinnen und ihren Helferinnen der allzufrühen Ausbeutung zu entziehen. Der Erfolg ist göttlichem Zureden bei den Eltern zu danken und ihrer Belehrung über die Schädlichkeit der Erwerbstätigkeit im kindlichen Alter. In zwei Fällen mußte die Kommission die Behörde zum Einschreiten aufordern. Wo die Not der Eltern gar zu groß war, versuchte die Kommission Armenunterstützung zu erwirken. Leider wurde aber hierbei nicht immer der erwünschte Erfolg erreicht, da die Armenvorsteher vielfach gar kein Verständnis für ihre Aufgaben haben.

Ein ganz besonders trauriges Kapitel der Kinderausnutzung bildet in Berlin, wie in allen Großstädten, der Handel und das Betteln. Die Eltern, abgestumpft durch das fortwährende Elend, vermögen die Gefahren nicht zu erkennen, die ihren Kindern dadurch drohen. Die ahnungs- und wehrlosen Kinder werden körperlich und geistig schwer geschädigt, moralisch früh verdorben und vielfach in die Verbrecherrausbahn geworfen. Die bettelnden und hausierenden Kinder werden von ihren Eltern oft dahin instruiert, den Kontrolleurinnen oder deren Helferinnen ihren Namen zu verschweigen oder ihn falsch anzugeben, wodurch die Aufgabe der Genossinnen natürlich sehr erschwert wird.

Wie der Hausierhandel die Kinder verdirbt, mag nachstehender Fall charakterisieren. Eine Genossin war in Begleitung ihres Mannes eines Nachts in einem Vergnügungslokal. Dorthin kam ein kleines Mädchen mit einem Hausierkorb und bot ihre Ware an. Die Genossin trat an das Kind heran, fragte nach den Verhältnissen und erhielt folgende Auskunft: Sie hieße, wohne in Rigdorf, Straße, Hof 4 Tr., und habe noch vier Geschwister im Alter von 13, 8, 5 bezw. 3 Jahren. Der Vater sei Steinträger und von der Mutter seit einem Jahre geschieden. Die Mutter ernähre sich durch Reinemachen. Die Wohnung koste monatlich 14,50 Mark, in der Stube ständen drei Betten, in der Küche ein Bett. Weil das Kind einen elenden, müden, verfrorenen Eindruck machte, sammelte die Genossin unter den anwesenden Gästen und übergab dann der Kleinen das Geld mit der Weisung, nun unverzüglich nach Hause zu gehen und nie wieder so spät abends zu handeln. Das Mädchen bedankte sich und ging, anscheinend todmüde, fort. Die Genossin und ihr Mann folgten unbemerkt. Das Mädchen ging bis zur Straße, und hier betrat sie ein übel berüchtigtes Lokal. Unbemerkt trat die Genossin mit ihrem Manne hinter ihm ein und beobachtete, wie die Kleine sofort alle Müdigkeit verlor, sobald sie das Lokal betrat und sogar sehr lustig schien. Als sie das Lokal verlassen wollte, trat die Genossin ihr in den Weg und sagte: Na, sag mal, du wolltest doch nach Hause gehen? Das Mädchen antwortete nicht. Darauf begleiteten es die beiden Eheleute nach der Straße. Vor der Haustür sagte das Mädchen plötzlich, es hätte keinen Schlüssel und müsse auf den Wächter warten. Es war halb 8 Uhr morgens. Als der Wächter endlich kam und die Genossin bat, der Kleinen aufzuschließen, erfuhr sie von ihm folgendes: Das Mädchen heißt und wohnt bei der Mutter, die geschieden sei. Es sei das einzige Kind. Sie hätte schon sehr oft Leute angeführt und gesagt, sie wohne Straße. Dort hätten die Eltern vor zwei Jahren gewohnt. Die Genossin und ihr Mann geleiteten nun das Kind auch noch nach der richtigen Wohnung. Hier war das Haus offen und in der Wohnung der Mutter brannte noch Licht.

Dies ein Fall von den vielen, die trotz des Kinderschutzgesetzes vorkommen, welches den Handel der Kinder völlig verbietet.

In fünf Fällen wurde konstatiert, daß die Eltern ihren Kindern gegenüber das Züchtigungsrecht überschritten hatten. In drei von diesen Fällen war es möglich, durch Aufklärung Abhilfe

zu schaffen, in einem dagegen wurde Anzeige erstattet. Es war der folgende. Ein Stiefsohn nahm in bestialischer Roheit des Nachts das hilflose sechsjährige Kind aus dem Bette und rannte mit ihm mehrere Male gegen die Wand oder bearbeitete es mit harten Gegenständen. Auch die eigene Mutter scheute sich nicht, ihr Kind mit Schrubberstiel und ähnlichen Gegenständen unmenschlich zu mißhandeln. Das Gericht verurteilte beide zu je einem Monat Gefängnis.

Die 181 Fragebogen geben kein erschöpfendes Bild von der Tätigkeit der Kommission. Denn in noch mehr Fällen, als dort verzeichnet stehen, sind die Mitglieder der Kommission mit Familien in Verbindung getreten, um Kinder zu schützen. Den Erfolg des Wirkens der Kommission beweist unter anderem folgender Bericht einer Kontrolleurin: „Die Kinderarbeit in den Zeitungserpeditionen und Backwarengeschäften hat in unserem Bezirk schon sehr nachgelassen. Vor allem namentlich seit die Polizei sich gezwungen sieht, uns zu unterstützen. Die Schutzleute sagen zu den Austrägerinnen: „Wir müssen jetzt aufpassen, die versuchten Sozialdemokraten sind zu sehr auf dem Posten.“ Auch in Zukunft wird die Kommission bestrebt sein, den Kindern mit allen Mitteln das Recht ihrer Jahre auf Befreiung von der Erwerbsklaverei zurückzuerobieren. Während sie, soweit es unter den heutigen Verhältnissen möglich ist, einem der scheußlichsten Verbrechen der kapitalistischen Gesellschaft zu wehren sucht, schmälert der Staat durch immer neue indirekte Steuern das ohnehin kärgliche Einkommen der Proletarier und trägt so sein Teil dazu bei, die Ursachen der Kinderausbeutung aufrechtzuerhalten und zu verschärfen, den Folgen aber steht er tatenlos gegenüber. Pflicht aller Genossinnen und Genossen ist es, die noch unwissenden Proletarier anzufeuern zum gewerkschaftlichen Kampf um bessere Lebensbedingungen und zum politischen Kampf gegen eine Gesellschaftsordnung, die sie zu Verbrechen an ihren eigenen Kindern werden läßt.

G. Varenthin.

Vom Kampfe auf den deutschen Seeschiffswerften.

Der Kampf auf den deutschen Seeschiffswerften hat eine besondere Episode gezeitigt. In Hamburg sollten die Frauen der Streikenden gegen ihre Männer „scharf“ gemacht werden. Das Unternehmertum wollte ihren Einfluß ausnützen, um die Männer ohne Erfolg in das alte Joch zurückzuzwingen. Zu diesem edlen Zwecke bediente es sich der bürgerlichen Presse, die es an schollen Knissen nicht fehlen ließ, die Frauen gegen ihre Männer aufzuheizen und Zwietracht in die Familie zu tragen, die jetzt der Einigkeit, des festen Zusammenhaltens mehr als je bedurfte. Ein lehrreiches Beispiel, wie es die Ruhnieder der bürgerlichen Ordnung mit der „Heiligkeit der Familie“ halten, von der ihre Lippen triesen! Doch wir können davon nicht reden, ohne der Rote der bürgerlichen Presse in diesem Kampfe überhaupt zu gedenken.

Wenn je bei einem Ringen zwischen Kapital und Arbeit, so hat sich die bürgerliche Presse diesmal angelegen sein lassen, mit Eifer die Geschäfte des haßstarrigen, selbstfüchtigen Unternehmertums zu besorgen. Von der „Sozialen Praxis“ an bis zu den „Hamburger Nachrichten“ hinab eine rührende Einmütigkeit, die Interessen der Werstgewaltigen zu verteidigen und die Arbeiter und ihre Führer herunterzujerkeln. Alle Mittel sind dieser Presse recht — auch die schmutzigsten —, um Uneinigkeit und Verrat in die Reihen der Streikenden und Ausgesperrten zu tragen und dadurch der Bewegung den Todesstoß zu versetzen. Bei diesem sauberen Handwerk tun sich selbstverständlich die „Hamburger Nachrichten“ hervor. Alle Tage haben sie aufs neue versucht, einen Keil in die Massen der Kämpfenden zu treiben, und die Lokalanzeigerpresse, die leider auch in Hamburg und den anderen Werstorten noch in vielen Arbeiterfamilien gelesen wird, füllt Spalten auf Spalten mit dem Nachdruck der ausgebeuteten Verdächtigungen und Verleumdungen. Ein einziges Blatt in Hamburg verteidigt mit Geschick, Wärme und Energie die Interessen der wackeren Kämpfer und tritt der bürgerlichen Presse entgegen: unser Parteiorgan, das „Hamburger Echo“. In fast allen Fällen haben die bürgerlichen Blätter schweigend die moralischen Prügel hingegenommen, die ihnen ob ihrer Lügenbeutereien von unserer Presse appliziert wurden. Nur die „Hamburger Nachrichten“ wagten ab und zu mit verstelltem Lachen ihre Niederträchtigkeiten zu wiederholen, wobei jedoch selbst zwischen ihren Zeilen die Unwahrhaftigkeit des Treibens hervorlugte.

Zuerst versuchten die schreibenden Ruli der Kapitalfürsten die Sache so darzustellen, als ob die Konjunktur auf den Werften alles zu wünschen übrig ließe. Das versing nicht, denn es konnte nachgewiesen werden, daß bei Ausbruch des Kampfes dieselbe Arbeiter-

zahl beschäftigt wurde wie 1907; auch die Veröffentlichung der Lonnageziffer der gegenwärtig im Bau befindlichen Kriegs- und Handelschiffe entkräftete das Märlein. Nun praktizierten die „gutgesinnten“ Blätter ein anderes Manöver, um die Arbeiter mutlos und uneinig zu machen. Sie stempelten den rein wirtschaftlichen Kampf zu einem „politischen Streik“, der die nächstjährigen Wahlen für die Sozialdemokratie „vorbereiten“ solle! „Die Arbeiterführer“, so hieß es, „wissen, daß der Kampf aussichtslos ist,“ trotzdem ist er unternommen worden, „um Anzufriedenheit und Verbitterung in die Kreise der Arbeiter zu tragen, die bisher mit ihrem Loß zufrieden waren, weil die Führer wissen, daß dann der Weizen der Sozialdemokratie blüht“. Dieser Hintz war leicht zu begegnen. Man setzte ihr entgegen, daß es die Werkbesitzer in der Hand gehabt hätten, diese Folge zu verhindern: sie brauchten ja nur die Forderungen ihrer Arbeiter zu bewilligen. Darauf kam man mit der Behauptung heraus, die Forderungen der Arbeiter sind „unerfüllbar“. Die „Hamburger Nachrichten“ rechneten ihren erstanten Lesern vor, daß die Arbeiter ja gar nicht in Wirklichkeit 15 Prozent Lohn-erhöhung — inklusive des Lohnausgleichs für Verkürzung der Arbeitszeit — forderten, sondern über 100 Prozent! Nachdem das Blatt für diese Schamlosigkeit eins auf das schmutzige Mundwerk erhalten hatte, nahm es sich im Bunde mit anderem Zeitungs-geschwister der „armen nichtorganisierten Arbeiter“ an, „die von den Arbeiterführern in den Kampf geheht wurden und nun ohne jede Unterstützung gelassen werden“. Jammernd und entrüstet rief der Hamburger „Generalanzeiger“ aus: „Wo ist hier die angestrebte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit? Wo das gleiche Recht für alle? Wo die Anerkennung für die bewiesene Solidarität? Psui!“ — „Jeder hat erwartet, daß bei Niederlegung der Arbeit die Streikenden einen Rückhalt am Verband finden würden, und zwar ohne Unterschied und Dauer der Mitgliedschaft oder Zugehörigkeit zur Organisation.“ Die „Nachrichten“ gaben Ausführungen solcher Art in ihrem bekannten „Sauerdenton“ wieder. Kein Wort in den Blättern davon, daß die Unternehmer in den anderen Werstorten eine große Anzahl Nichtorganisierter auf Pflaster geworfen hatten, damit gemäß dem Beschluß des Vereins der Seeschiffswerften 80 Prozent ausgesperrt würden, ohne daß sie dabei die tüchtigsten Arbeiter zu entlassen brauchten, denn die tüchtigsten Arbeiter sind gerade die — organisierten. Aber von dieser Tatsache abgesehen, war seitens der Organisationen seit Jahren und auch am Abend, wo die Arbeitseinstellung beschlossen wurde, ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß Unterstützung nur die Streikenden erhielten, die auf Grund des Statuts der Verbände bezugsberechtigt seien. Aber den kurzfristigen Egoismus der Unorganisierten, die für die Gewerkschaft nichts übrig haben, die oft höhrend erklären, wir brauchen den Verband nicht, wir tragen unsere Beiträge lieber auf die Sparkasse, über diesen kurzfristigen Egoismus hat sich noch keines der Blätter aufgeregt. Aber es ist ja auch nicht das Mitleid mit den armen Arbeitern, das ihnen Krokobilstränen über das Loß der Unorganisierten erpreßt, sondern das Streben, diese gegen die Verbändler aufzuheben, um so endlich die Kämpfenden zu teilen, damit sie von den Herren weiter bedingungslos beherrscht werden können. Auch dieser Trick hat versagt! Den Unternehmern wäre übrigens mit den Nichtorganisierten allein nicht geholfen gewesen. Die Arbeiterschaft in den qualifizierten Branchen ist so gut wie geschlossen organisiert, und ohne diese Kräfte kann der Betrieb nicht ausrecht erhalten werden. Darum haben die Nichtorganisierten gar nicht erst versucht, die Arbeit wieder zu beginnen, sie wären von den Herren zurückgewiesen worden. Dazu kommt noch, daß die größte Anzahl von ihnen auf den Werften die Knute außerordentlich stark zu spüren bekommen hat. Ihre Erbitterung gegen die Werkbesitzer ist in der Folge so groß, daß sich viele lieber um andere Arbeit bemüht haben, als daß sie zum Verräter geworden wären.

Nun erinnerte sich in höchster Not die bürgerliche Presse der „lieben Frauen“. Vielleicht ließen sie sich gegen den Kampf der Männer mobilisieren. Samiel hilf. Die Frau der „honetten Gesellschaft“ lebt „fern vom Getriebe des Tages“, kümmert sich nicht um öffentliche Angelegenheiten, liest in der Zeitung nur „ihren Roman“, schimpft über die Dienstboten und geht ihren Vergnügungen nach. Die bürgerliche Welt begreift es daher immer noch nicht, daß die heutige Arbeiterfrau an den Tagesfragen lebhaften Anteil nimmt, daß sie durch ihre Existenz — welche die Lage ihrer Klasse widerspiegelt — schon frühzeitig gezwungen wird, sich um das zu kümmern, was im öffentlichen Leben vorgeht, und daß sie darum auch die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe des Tages zu würdigen weiß und ihre Klasse dabei unterstützt. Die bürgerliche Presse hat von dem geistigen Leben einer modernen, denkenden Proletarierin keine Ahnung. Sie wählte die Frauen der Ham-

burger Werstarbeiter ihren schmutzigen Zwecken dienstbar machen zu können. Die „Hamburger Nachrichten“ ließen sich unter der Epigramme „Dämmert es?“ ein „Eingefandt“ schreiben, in dem es unter anderem heißt:

„Sie glauben gar nicht, wie viele Arbeiter sich danach sehnen, von diesem Drucke (gemeint ist der angebliche Druck der Sozialdemokratie. Der Verf.) loszulommen, aber was sollen sie denn dagegen machen?“ so sagte heute eine einfache Arbeiterfrau zu mir, mit der ich in ein Gespräch über den Streik und seine Folgen gekommen war. „Wenn die Arbeiter hätten ihre wahre Meinung äußern können, dann wäre der Streik nicht beschlossen worden. Das sind man bloß so 'n paar Leute an der Spitze, die den Streik gar nicht mitzumachen brauchen, und die von den Arbeitern bezahlt werden, die erklären den Streik und zwingen die Arbeiter, mitzumachen.“ — „Und was soll die Familie mit den paar Pfennigen Unterstützung anfangen? Wenn der Mann die kriegt, bringt er kaum die Hälfte nach Hause, weil er vorher noch in einer Versammlung gewesen ist; dort muß er hin, denn dort sprechen sie alle über den Streik, und dann geht das Geld dabei drauf.“ — „Es gibt Männer, die sich gar nicht schämen, daß sie von ihren Frauen unterhalten werden, und viele werden um so leichtsinniger, weil sie wissen, daß ihre Frauen mitverdienen.“ So weit die „einfache Arbeiterfrau“, der „Einsender“ fügt dann hinzu: „Was steckt alles in diesen Worten einer einsichtigen Arbeiterfrau! Weil im Notfall die Frau sich im wirtschaftlichen Existenzkampf aufreißt, um Mann und Kinder vor dem Hunger zu schützen, darum wird jener leichtfertig und folgt den Verlockungen gewissenloser Aufwiegler.“

„Welch rührender Stil, welch erschütternde Klagen — welch bodenlose Gemeinheit,“ ruft unser Hamburger Bruderorgan aus. Hamburger Arbeiterfrauen sollen ihre Männer zum Streibbruch verleiten, mit denen sie bisher Kummer und Sorgen gemeinsam getragen haben, zusammen tragen mußten auch während der Zeit, wo der Mann das „Glück“ hatte, auf der Werk zu arbeiten. Auch während dieser Zeit mußte „die Frau sich im wirtschaftlichen Kampfe aufreißt“, weil der Verdienst des Mannes trotz angestrengtester Arbeit nicht ausreichte, die Familie menschenwürdig zu ernähren. Und jetzt, wo der Mann bestrebt ist, seinen Verdienst zu steigern, damit die Frau sich im wirtschaftlichen Kampfe nicht mehr aufzureiben braucht, sondern sich mehr der Erziehung der Kinder widmen kann, da sollen die Frauen ihre Männer im Stiche lassen, sie verraten! Wenn der Mann bestrebt ist, die überlange Arbeitszeit zu verkürzen, die grassierende Überarbeit einzudämmen, um sich seiner Familie, seinen Kindern mehr widmen zu können, da soll die Frau es verhindern? „Wenn nicht jeden siebten Tag ein Sonntag wäre, fürwahr der Vater würde nicht seine eigenen Kinder, die Kinder den Vater nicht kennen,“ so schrieb kürzlich ein Werstarbeiter an das „Hamburger Echo“, und wer die Verhältnisse auf den Werften kennt, weiß, was dieser Ausruf bedeutet. Bis vor kurzem war es keine Seltenheit, daß 86 Stunden hintereinander gearbeitet werden mußte. Die Arbeiter haben dann in Hamburg durchgehelt, daß nicht länger als 24 Stunden in einer Tour gearbeitet werden braucht. Da versteht man den Ausruf, vor allem, wenn man bedenkt, daß zu der Arbeitszeit die weiten Wege gerechnet werden müssen. Da mutet man der Frau zu, daß sie zum Verbrecher an der Gesundheit ihres Mannes, an dem Wohlergehen der Familie wird. Pfui Teufel über solch Gesindel, daß die Hamburger Arbeiterfrauen schlecht kennt. Die Zentralwerftkommission hat in Gemeinschaft mit den Zentralvorständen der beteiligten Verbände der bürgerlichen Presse Gelegenheit gegeben, die wahre Meinung der Arbeiterfrauen kennen zu lernen. In allen Werstorten sind Versammlungen für die Frauen der Streikenden und Ausgesperrten abgehalten worden, in welchen Genossinnen referierten, die vom Internationalen Kongreß zu Kopenhagen zurückkehrten. In diesen Versammlungen kam es zum Ausdruck, daß die Frauen wissen, warum ihre Männer kämpfen und kämpfen müssen. Verständnis für die Bedeutung der großen Bewegung war ihre Signatur, und treue Solidarität mit den Streikenden und Ausgesperrten ihre Lösung.

Das Kampfgebiet der Werftbewegung hat in den letzten Wochen eine weitere Ausdehnung erfahren. Den Arbeitern des „Vulkan“ in Stettin wurde zugemutet, Arbeiten für die Hamburger Werften fertigzustellen. Sie faßten deshalb den Beschluß, auch dort die Arbeit auf der ganzen Linie einzustellen. In einzelnen Branchen war dieses bereits früher geschehen. Inzwischen ist der Beschluß der Arbeiter des „Vulkan“ ausgeführt worden, die Werft ist lahmgelegt. In Hamburg versuchten die Unternehmer, in den Landbetrieben dringende Arbeiten fertigstellen zu lassen. Die von den Organisationen ausgegebene Weisung, Streikarbeiten unter allen Umständen zu verweigern, wurde von den in Frage kommenden Arbeitern prompt

befolgt. Bestanden die Unternehmer auf ihrem Verlangen, die Arbeiten auszuführen, so wurde der Streik erklärt. Infolgedessen haben bis jetzt rund 2500 Arbeiter die Betriebe verlassen. In Hamburg und einigen weiteren Hamburg nahe gelegenen Orten kam es wegen Verweigerung von Streikarbeit in einer Anzahl von Betrieben zum Kampfe. Davon betroffen wurde auch der Betrieb des Aussperrungs-technikers und Hauptscharfmachers Menk in Altona. Trotz des jetzt bereits seit dem 5. resp. 11. August dauernden Kampfes sind die Arbeiter guten Muts und denken nicht daran nachzugeben. Die Metallindustriellen, welche am 20. August einstimmig beschlossen, die Werftbesitzer im Kampfe gegen die Arbeiter zu unterstützen, haben bisher den von den Gewerkschaften erwarteten Aussperrungsbeschluß noch nicht gefaßt. Es scheint, daß sie sich doch vor diesem Schritt fürchten; vielleicht haben sie inzwischen eingesehen, daß die Werstarbeiter auch dadurch nicht zum Nachgeben gezwungen werden können. Ihre Hilfe besteht in der Hauptsache in der Vermittlung von Arbeitswilligen nach Hamburg. Doch haben sie damit bisher wenig Glück gehabt. Die wenigen Leute, die nach Hamburg gelockt wurden, sind fast alle wieder fortgegangen, und ist vereinzelt einer hängen geblieben, so war er nur zum Aufräumen zu gebrauchen, der Mangel an geschulten Werstarbeitern dadurch also nicht gehoben. Von dritter Seite eingeleitete Verhandlungen scheiterten an dem Bestreben der Werftbesitzer, zu diesem Zwecke die „Gelben“ heranzuziehen. Die Arbeiter und deren Organisationsleitungen haben ihre Vermittlung jedoch abgelehnt. Der Kampf geht weiter und wird mit Entschiedenheit so lange geführt werden, bis die Werftbesitzer zu annehmbaren Zugeständnissen bereit sind. Die Werstarbeiter wissen, warum sie kämpfen, sie wissen auch, daß die deutsche Arbeiterschaft hinter ihnen steht und insbesondere für Fernhaltung von Zugung sorgen wird. gb.

Aus dem Jahresbericht der Gewerbeinspektion für Koburg-Gotha.

Die 1909 vorgenommenen Revisionen erstreckten sich auf 494 Betriebe mit 17 777 Arbeitern bei insgesamt 688 Betrieben mit 22 688 Arbeitern. Davon nahm der Inspektor 549 Revisionen vor, die Assistentin 189. Außerdem wurden von den Polizeibehörden in 187 Gast- und Schankwirtschaften mit insgesamt 826 Beschäftigten 650 Revisionen vorgenommen. In den revidierten Betrieben wurden 3703 Arbeiterinnen gezählt, 123 weniger als im Jahre 1908, und 1884 Jugendliche, 42 weniger als im Vorjahr. Kinder unter 14 Jahren sind nicht gezählt worden. Häufig waren die Zuwiderhandlungen gegen das Kinderschutzgesetz. In 8 Fällen kam es zu schöffengerichtlichen Verhandlungen, die zur Bestrafung der Angeklagten um 8, 10 und 20 Mk. führten. Das sind Strafen, die nicht vor der Übertretung des Kinderschutzgesetzes abschrecken, sondern geradezu dazu anregen. — Aus 2 Betrieben wurden je 2 Kinder ausgewiesen; in verschiedenen Sägewerken sollen Kinder unter 14 Jahren länger als 10 Stunden beschäftigt worden sein. Arbeitskarten für Kinder wurden 806 ausgestellt, darunter 71 für Mädchen. In den meisten Fällen handelte es sich um Botengänge und das Austragen von Zeitungen. Häufig wurde gegen die Einspannung von Kindern in das Joch der Erwerbsarbeit mit Erfolg die Vermittlung der Lehrer benutzt, denen es gelang, den Eltern die Bedeutung der gesetzlichen Vorschriften klarzumachen. Die Rechte der jugendlichen Arbeitskräfte wurden in einigen Betrieben nicht respektiert: die gesetzlichen Pausen wurden nicht eingehalten. In 8 Fällen mußte daher die Polizei eingreifen. Es fehlte nicht an Übertretungen der Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen. Am häufigsten wurde gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit verstoßen. Ein Puhgeschäft wurde mit 9 Mk. bestraft, weil es an 8 Sonntagen 8 Puhmacherinnen länger als zulässig beschäftigt hatte, ebenso ein anderer solcher Betrieb wegen zu langer Beschäftigung von zum Teil jugendlichen Arbeiterinnen und nicht ordnungsmäßiger Führung der Kalendertafel mit 50 Mk. In der Zeit vor Weihnachten sind zahlreiche Übertretungen der gesetzlichen Schutzevorschriften in der Spielwarenindustrie zur Anzeige gelangt. 49 Personen sind deshalb bestraft worden. Die Vorstände gegen die Beschränkung der Arbeitszeit sind um so bezeichnender für die kapitalistische Ausbeutung, als es die Behörden nicht an der Bewilligung von Überstunden fehlen ließen. In 32 Betrieben „durften“ 944 Arbeiterinnen zusammen 43 726 Überstunden leisten. Zurückgewiesen wurde von den Behörden nur ein einziger solcher Antrag, bei dem es sich um Jugendliche handelte. Eine Fabrik beschäftigte die Arbeiterinnen am Sonnabend bis nach 5½ Uhr. Mehrere Ungehelichkeiten wurden im Bäckergerwerbe aufgedeckt. Ein Unternehmer, der länger als 11 Stunden arbeiten ließ,

erhielt 20 M. Strafe, ein verständnisvolles Urteil. Der Bericht verzeichnet einige Fälle, in denen eine Verbesserung der Arbeitszeit eingetreten ist. In der geographischen Anstalt von Perthes wurde die 50stündige Arbeitszeit eingeführt und der Arbeitsschluss am Sonnabend auf 1 Uhr festgesetzt. Während des Sommerhalbjahres ist in zwei anderen Betrieben Sonnabends um 4 Uhr Feierabend. Der Bericht befürwortet die Freitagslohnzahlung. Es heißt dazu: „Am Sonnabend drängt sich die Einkaufsmöglichkeit auf eine kurze Zeit zusammen, und mancher kommt überhaupt nicht mehr dazu, da er seinen Lohn erst nach Geschäftsschluss erhält. Die Möglichkeit, die billigeren Preise des am Sonnabend abgehaltenen Marktes für die Wirtschaft nutzbar zu machen, geht den Frauen der Arbeiter überhaupt verloren. Eine Verlegung des Lohntags auf den Freitag würde in vielen Fällen durch eine Anregung von Seiten der Arbeiterschaft zu erreichen sein.“ Unseres Erachtens müßte es auch die Gewerbeinspektion nirgends an Anregungen zu dieser Verbesserung fehlen lassen. Aber mangelnde hygienische Einrichtungen wurde in Steinbrüchen und Steinhauereien geklagt, sowie auch in Zigarrenfabriken. Der Gesundheitszustand der Arbeiter ist besonders schlecht in den Betrieben, die Bleiweiß verarbeiten. Die Krankheitsstage infolge Bleivergiftung betragen 156 gegen 65 im Vorjahr. Bei insgesamt 83 Beschäftigten wurden außer den verzeichneten Krankheitsstagen noch 734 Unterstützungstage gezahlt. Unfälle kamen in diesem Jahre nicht weniger als 820 zur Anzeige, davon hatten vier einen tödlichen Ausgang. Von diesen Unfällen ereigneten sich 184 im Baugewerbe, 99 an Maschinen. 717 Fälle betrafen erwachsene Arbeiter, 89 erwachsene, 7 jugendliche Arbeiterinnen. Häufiger als früher haben die Arbeiter selbst auf das Fehlen von Schutzvorrichtungen aufmerksam gemacht, ein Beweis dafür, daß die Lohnarbeitenden selbst zu der Gewerbeinspektion herangezogen werden müßten und eine sachkundige Aufsicht ausüben würden. Freilich sagt die verzeichnete Tatsache noch etwas anderes, daß die Gewerbeinspektion nicht überall eingegriffen hat, wo es nötig gewesen wäre. Es ist bekannt, daß die Arbeiter für gewöhnlich davor zurückschrecken, auf Mängel im Betrieb zu weisen. Hat man doch gegen solche Aufsfähige Mittel genug zur Hand. Die von den Gewerkschaftsvertretern vorgebrachten Beschwerden „erwiesen sich zummeist als begründet“. Auch diese Mitteilung bestätigt die oben hervorgehobene Forderung, daß Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Gewerbeaufsicht verwendet werden. Auch sonst hinterläßt der Bericht durch das, was er sagt, und das, was er nicht enthält, den Eindruck, wie berechtigt all die Reformen sind, welche die Sozialdemokratie auf dem Gebiet des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Gewerbeaufsicht heischt.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im zwanzigsten sächsischen Wahlkreis Bschopau-Marienberg hielt die Unterzeichnete einige Wahlversammlungen ab, die durchweg außerordentlich gut besucht waren. Auch die Frauen hatten sich wie in fast allen Wahlversammlungen sehr zahlreich eingefunden. Der große Erfolg, den die Sozialdemokratie in dem Kreise errungen hat, ist mit der Einsicht und Begeisterung zu danken, welche die aufgeklärten Proletarierinnen im Wahlkampf betätigt haben. Zu den Versammlungen in Hohnsdorf und Niederneuschönberg hatten sich einige Gegner, meist antisemitischer Richtung, eingestellt, die sich jedoch vor Beginn der Debatten heldenhaft drückten. Die Abendversammlung in Bschopau, in der das Wahlergebnis verkündet wurde, gestaltete sich zu einer großartigen Kundgebung. Hunderte von Besuchern fanden keinen Einlaß in den geräumigen Saal und warteten in freudiger Erregung im Garten und auf der Straße auf die Bekanntgabe des Resultats. Als der Sieg des Genossen Göhre mit einer Mehrheit von 5500 Stimmen über beide Gegner zusammen verkündet wurde, brach lauter Jubel los. Der Rede des Genossen Göhre folgten Ansprachen der Genossen Heilmann-Chemnitz, Nietschold-Bschopau und der Unterzeichneten.

In Ronneburg und Fraureuth sprach die Unterzeichnete in einer Versammlung der Textilarbeiter und -arbeiterinnen. In Ronneburg ließ der Besuch der Versammlung im Vergleich mit den früheren Veranstaltungen zu wünschen übrig, dagegen wies die in Fraureuth eine sehr zahlreiche Zuhörerschaft auf. Der anwesende Beamte zeigte sich als trefflichen Kenner der Vereinsgesetze durch seine wiederholte Frage, ob die Versammlung — eine Gewerkschaftsversammlung! — auch angemeldet sei. Zu der Versammlung hatte sich unter anderen Gegnern auch ein Spitzel der Fabrikanten eingefunden, der die Namen der ihm bekannten Anwesenden

zu notieren und den Herren zu hinterbringen pflegt. Als er nach dem Referat aufgefordert wurde, das Wort zu ergreifen, verschwand er. Die Versammlung hat für den Verband einen guten Erfolg gezeitigt. Sehr gut besucht war auch eine Versammlung, welche der Fabrikarbeitsverband, Zahlstelle Dresden, für die Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Fabrik von Gehr & Coz einberufen hatte, und zwei andere in Radebeul. In Ebbtau fand eine sehr gut besuchte Versammlung des Metallarbeiterverbandes statt. In allen diesen Versammlungen die alten Klagen: schlechte Löhne, schlechtes Affordsystem, unzulängliche Ventilation, schlechte Behandlung der Arbeiterinnen und dergleichen mehr. Der Erfolg der Agitation für die Verbände blieb nicht aus. — In Jena veranstaltete die Organisation der Hausangestellten ein wohlgelungenes Fest, an dem 500 Personen teilnahmen, darunter viele junge Mädchen. Die Festrede wurde von der Unterzeichneten gehalten. Bei jeder Gelegenheit zeigte sich, wie stark jetzt im Proletariat die Gemüter erregt sind, wie dringend die erwachten Geister nach Aufklärung verlangen. Eine prächtige Zeit für die sozialistische Ideenausfaat, die bald in die Halme schießen wird.

Marie Backwih.

Von den Organisationen. In Zwickau und Crimmitschau wurden von Seiten der Parteiorganisationen Frauenversammlungen einberufen, in denen die Unterzeichnete über die „Tätigkeit der Frauen in den Parteiorganisationen“ sprach. Die Frauen hatten sich zahlreich zu den Versammlungen eingefunden, deren Zweck war, die Genossinnen über ihre Rechte und Pflichten als Mitglieder der sozialdemokratischen Partei aufzuklären. In der Versammlung in Zwickau wurde Genossin Müller zur Vertreterin der Genossinnen im Kreisvorstand gewählt. In der Crimmitschauer Versammlung wurde eine solche Wahl ebenfalls angeregt, doch soll sie erst in der nächsten Versammlung erfolgen. In der Kreisversammlung der Genossinnen des sechsten Wahlkreises Dresden-Land stand der Jahresbericht der Vertreterinnen der Genossinnen im Vorstand auf der Tagesordnung. Wir haben diesen Bericht schon veröffentlicht. Die Vertretung der Genossinnen wurde wieder einstimmig der Genossin Backwih und der Genossin David als Stellvertreterin übertragen. In einem Schlusswort hob die Unterzeichnete hervor, daß wir niemals erlahmen dürfen in unserer Vearbeit für die proletarische Frauenbewegung, jede einzelne muß in den Dienst der Sache treten und auf irgend eine Art zur Agitatorin werden. Schon rüsten sich unsere Gegner zum Kampfe, die Reichstagswahlen rücken immer näher, da gilt es, die Kräfte zu stärken und zu sammeln.

Marie Backwih.

Von der proletarischen Frauenbewegung im achten und zehnten schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis. Zwei Jahre sind es nun, daß die Frauen in Preußen das politische Vereinsrecht besitzen. Die Genossinnen haben allerdings die geringen Freiheiten des alten preussischen Vereinsgesetzes auch schon vorher auszunutzen verstanden. So nur war es möglich, daß vor zwei Jahren 1526 Genossinnen in den sozialdemokratischen Verein für den achten und zehnten schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis (Altona-Stormarn und Lauenburg) eintraten. In Altona und Wandsbeck erfolgte der Eintritt der Genossinnen geschlossen durch die aus Anlaß der Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus gegründeten Frauenwahlvereine. In sechs anderen Orten hatten wir Genossinnen, die regelmäßig freiwillige Beiträge zahlten. Sie wurden ebenfalls Mitglieder. Im ersten Jahre stieg die Mitgliederzahl um 847, im letzten um 270. Es werden also jetzt 2143 weibliche Mitglieder gezählt neben 10807 männlichen. Die weiblichen Mitglieder verteilen sich wie folgt: Altona 1457, Wandsbeck 272, Schiffbek 187, Sande 59, Bramfeld 79, Oldesloe 24, Alt-Rahlstedt 20, Reinbek 83, Trittau 6, Bargteheide 4, Lauenburg 23, Grünhof 12, Wentorf 16, Besenhorst 1. Der monatliche Beitrag betrug bis zum 1. Januar d. J. 10 Pf., jetzt beträgt er 15 Pf. Die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit“ ist leider erheblich zurückgegangen. Sie betrug vor zwei Jahren 1210, jetzt nur noch 898; es muß mithin ein Rückgang von 312 verzeichnet werden. Manche der verloren gegangenen Leserinnen bezieht wohl die „Gleichheit“ durch die Gewerkschaft, manch andere hat sie während der Krise des vorigen Jahres und der Bauarbeiterausperrung abbestellt. Zwar haben die Genossinnen, welche die „Gleichheit“ austragen, mit großem Eifer neue Abonnenten geworben, auch wurde bei den Hausagitationen, die von den Organisationen zur Gewinnung neuer Mitglieder und Abonnenten der Presse veranstaltet wurden, eine energische Werbetätigkeit auch für die „Gleichheit“ entfaltet. Trotzdem ist es nicht gelungen, ihre Mitgliederzahl auf die frühere Höhe zu heben. Dies müßte jedoch gelingen, wenn die weiblichen Mitglieder sich in größerer Zahl an diesen Arbeiten beteiligen würden. In Altona, Wandsbeck, Sande und

Schiffbel tragen die Genossinnen die „Gleichheit“ selbst aus. Es wurde dadurch ein Überschuss von insgesamt 918,87 Mk. erzielt. Davon wurden 786,80 Mk. an die örtlichen Parteikassierer als Extrabeiträge der Genossinnen abgeführt. Bei der Verbreitung der „Gleichheit“ haben die Genossinnen es sich angelegen sein lassen, auch noch andere Parteiliteratur sowie Eintrittskarten zu Vorträgen, Theatervorstellungen und Festlichkeiten abzugeben. Auf diese Art sind eine beträchtliche Anzahl Exemplare von U. Bebel's „Aus meinem Leben“, von der Gedichtsammlung „Empor“ von K. Frohne und von A. Popp's „Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin“ verbreitet worden. Mehrfach haben die Genossinnen die Agitation für Frauenversammlungen allein betrieben und in den größeren Orten an Flugblattverbreitungen und Hausagitationen teilgenommen. Zur Agitation unter den Frauen sind im Vorjahr 50 000 Exemplare eines Flugblattes verbreitet worden, im letzten Jahre ein anderes in 36 000 Exemplaren, das die Arbeiterinnen aufforderte, für ihr Recht der Vertretung bei den Gewerbeberufen einzutreten.

Es fanden in diesen zwei Jahren 26 öffentliche Frauenversammlungen statt, vornehmlich zur Agitation unter dem weiblichen Proletariat. Zwanzig besondere Zusammenkünfte der weiblichen Mitglieder, die im letzten Jahre veranstaltet wurden, haben der Aufklärung und Schulung der Genossinnen gedient. Außerdem ist in Altona ein Vortragszyklus von 9 Vorträgen über „Die geschichtliche Entwicklung der Frauenfrage“ und „Die Arbeiterin in der Gegenwart“ abgehalten worden, der vorwiegend von Frauen besucht war. An Vereinsversammlungen und sonstigen Aktionen der Partei nehmen die Frauen in steigender Zahl teil. Es kann mit Genugtuung konstatiert werden, daß manche Genossinnen ihre Frauen an regelmäßigen Versammlungsbesuch gewöhnen und dadurch zeigen, daß es ihnen Ernst ist mit der Durchführung des Parteitagbeschlusses, die weiblichen Familienangehörigen der Partei zuzuführen. Möge dieser Beschluß noch mehr Nachachtung finden. Die Mitarbeit der Genossinnen in der Organisation läßt noch zu wünschen übrig. Es gehören zwar dem Zentralvorstand sowie den Vorständen der Mitgliedschaften Genossinnen an; auch sitzen Genossinnen in verschiedenen Kommissionen. In Altona, Wandersbeck und Schiffbel sind Genossinnen in der Kinderschulungskommission mit gutem Erfolg tätig gewesen, in den beiden erstgenannten Orten auch im Jugendauschuß. Gerade auf diesen Gebieten ist die Mitarbeit einer größeren Zahl von Genossinnen eine dringende Notwendigkeit. Wenn der Bericht auch erkennen läßt, daß die Möglichkeiten, die das Reichvereinsgesetz uns gibt, zum Teil ausgenutzt wurden zur Weiterentwicklung der proletarischen Frauenbewegung in unserem Kreise, so bleibt doch noch sehr vieles zu tun übrig. Immer und immer wieder müssen wir die uns noch fernstehenden Frauen zur Erkenntnis ihrer Klassenlage bringen und sie veranlassen, in unsere Reihen zu treten. Raslos müssen wir agitieren und organisieren, die Gewonnenen schulen und zu Werbenden machen. Das muß unsere Aufgabe auch für die Zukunft sein. Linchen Baumann.

Die Gründung einer Frauensektion in Weiertheim (Baden) erfolgte vor wenigen Wochen mit einer kleinen Anzahl weiblicher Parteimitglieder. Das Beispiel fand Nachahmung, die Zahl der organisierten Frauen ist seitdem stetig gewachsen und hat schon eine ganz ansehnliche Höhe erreicht. In einer Versammlung der Frauen sprach kürzlich Genossin Rückert-Karlsruhe über: „Die Stellung der Frau zum Sozialismus“. Sie schilderte die trostlose Lage der Frau des Proletariats als Arbeiterin und Mutter. Die Ausführungen der Rednerin, die selbst eine Proletarierin, aus persönlicher Erfahrung sprach, machten auf die anwesenden Arbeiterinnen einen tiefen Eindruck. Mancher Frau traten Tränen in die Augen, als Genossin Rückert das Schicksal der Proletarierkinder schilderte. Sie mochte wohl an ihre eigenen Kinder denken, denen sie kein besseres Los schaffen konnte. Reicher Beifall lohnte der Referentin für ihre schönen und wahren Ausführungen. Wir hoffen, daß sich die neugegründete Organisation rasch weiterentwickeln und im weiblichen Proletariat immer mehr Anhänger gewinnen wird.

Jahresbericht über die proletarische Frauenbewegung in Nürnberg. Die zur Agitation unter den Frauen und Mädchen entfaltete Tätigkeit hat nach dem Bericht des Wahlvereins sehr gute Resultate gezeitigt. Beirug die Ziffer der weiblichen Parteimitglieder am Schlusse des letzten Geschäftsjahres 893, so hat sie nunmehr das erste Tausend überschritten. Ende Juni 1910 zählte der Wahlverein 1050 weibliche Mitglieder. Diese Zunahme ist erklärlich. Die traurige wirtschaftliche Lage großer Arbeiterschichten in den letzten Jahren, die durch Verteuerung aller Lebensmittel noch verschärft worden ist, hat zweifellos mancher Hausfrau gezeigt, daß sie auch auf politischem Gebiet Interessen zu wahren und daher Verpflichtungen zu erfüllen hat. Vielen Proletarierinnen

sind die Augen für die kapitalistische Ordnung und „ihre Schönheitsfehler“ geöffnet worden, denn als Hausfrauen und Mütter empfinden sie die Not am schwersten, wenn sie ihre Lieben hungern sehen. So hat die skrupellose Selbsttätigkeit der herrschenden Klassen das Jährige dazu getan, daß die proletarische Frauenbewegung gute Fortschritte gemacht hat. Dürfen sich die organisierten Genossinnen und Genossen des Resultats auch freuen, so können sie sich mit dem Erreichten doch nicht zufrieden geben. Je weiter wir vorwärts schreiten, desto klarer erkennen sie, was noch geleistet werden muß, um die Massen der proletarischen Frauen und Mädchen für unsere Bewegung zu gewinnen und die Genossinnen zu schulen. Auch in der letzteren Hinsicht hat der Wahlverein eifrig und fruchtbringend gewirkt. Die bereits früher eingerichteten Leseabende sind im Berichtsjahr weitergeführt worden. Es werden dort Broschüren und Bücher näher erläutert, deren Besprechung der Vertiefung des sozialistischen Gedankens dienen soll. Den Frauen und Mädchen wurde dadurch die Möglichkeit gegeben, tiefer in das Wesen des Sozialismus einzudringen. Bildend waren auch die Vorträge über die Geschichte der „Nürnberger Arbeiterbewegung“, über „Die Frau und der Sozialismus“ usw. Auch die bayerische Gefundenordnung wurde erläutert. Vortragende war Genossin Grünberg. Die Leseabende wurden durchschnittlich von 57 Frauen und Mädchen besucht. Alles in allem genommen berechtigt die Frauenbewegung in Nürnberg zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft. ++

Von der Frauorganisation in Baden. Schon im Jahre 1892/93 wurde der Versuch gemacht, in Baden eine proletarische Frauenbewegung ins Leben zu rufen. Allein trotz aller Anstrengungen, trotz der eifrigsten Agitation ist es nicht gelungen, die junge Organisation lebensfähig zu gestalten. Sie ging nach kaum dreijährigem Bestehen wieder ein. Erst nach Verlauf eines Jahrzehntes, im Jahre 1905, schritt man aufs neue zur Organisation der Frauen. Die erste Organisation wurde in Mannheim gegründet. Seit jener Zeit ist der badische Parteitag regelmäßig mit einer weiblichen Delegation besetzt worden, auch wurden alle Delegationen aufgefordert, bei der Agitation und Organisation für die Gewinnung weiblicher Mitglieder Sorge zu tragen. Heute haben von den 14 Wahlkreisen nur drei keine weiblichen Mitglieder aufzuweisen, und wir hoffen, auch dort bald Eingang zu finden. Im Februar 1909 zählte die badische Partei 384 weibliche Mitglieder, im August 1910 waren es deren 455. Diese Zahlen sind leider keineswegs befriedigend. Doch sollen sie uns nicht entmutigen, sondern uns im Gegenteil zum Ansporn dienen, alle unsere Kräfte einzusetzen, damit wir nicht länger hinter anderen Ländern zurückbleiben. Dazu ist vor allem eine tiefgehende und ausgedehnte Agitation nötig, die alle noch unaufgeklärten Schichten des weiblichen Proletariats umfaßt, eine Agitation, die sich durch einen anfänglichen Mißerfolg nicht zurückziehen läßt, sondern stets von neuem anzuknüpfen und aufzurütteln sucht. Ist doch gerade beim weiblichen Proletariat das Klassenbewußtsein häufig noch sehr schwach entwickelt. Wir müssen es erst wecken, um überhaupt einen Anknüpfungspunkt für die Agitation zu schaffen. So liegt vor den badischen Genossinnen ein ausgedehntes Feld der Tätigkeit. Es ist teilweise recht harter Boden, den sie unzuquaden haben. Sie bedürfen bei ihrer Arbeit dringend der Unterstützung von Seiten der Genossen. Den vereinten Anstrengungen von Genossinnen und Genossen wird es gelingen, auch im badischen Musterlande eine festgefügte und ausgedehnte Frauorganisation zu schaffen.

Therese Blase.

Politische Rundschau.

Es ist still geworden im bürgerlichen Blätterwalde von der Königsberger Kaiserrede — der deutsche Liberalismus denkt nicht mehr daran, mit dem Absolutismus einen Gang zu wagen. Wenn nicht die Sozialdemokratie eine kräftige Protestaktion durch Versammlungen eröffnet hätte — die sogenannte „öffentliche Meinung“ würde die Herausforderung des deutschen Volkes durch das persönliche Regiment längst wieder vergessen haben. So hat sich immerhin der Fortschritt genötigt gesehen, schandenhalber auch ein paar Protestversammlungen abzuhalten. Imposant mutet diese freisinnige Aktion nicht an; man spürt schon von weitem, daß sie über billige „scharfe Worte“ nicht hinauskommen wird. Ohne zu prophezeien, kann man damit rechnen, daß auch diesmal der Freisinn bei den nahenden politischen Entscheidungen, bei den Wahlen und im Parlament, nicht konsequent die Richtung nach links einhält.

Das Echo, das die Sammlungsrede des Kaisers auf der Marienburg gefunden hat, läßt es schon jetzt erkennen, daß die Sozialdemokratie bei den Wahlen mit dem konzentrierten Widerstand aller bürgerlichen Parteien zu kämpfen haben wird. Zwar

lehnen einige linksfreisinnige Organe diese Sammlung selbst für Stichwahlen entschieden ab, weil sie richtig erkennen, daß sie nur auf die Erhaltung der schwarz-blauen Mehrheit hinausläuft. Jedoch stellen diese Blätter gerade den Teil der Fortschrittspartei dar, der auf die Leitung der Partei gar keinen Einfluß hat. Der andere Teil, der die Meinungen der fortschrittlichen Parteileitung und der Reichstagsfraktion widerspiegelt, hat sich vor einer klipp und klaren Erklärung gehütet wie der Teufel vor dem Weihwasser. Eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“ behauptete, der Reichskanzler habe den Entschluß gefaßt, die Frage des Schutzes zur Wahlparole zu machen — im Jahre 1912 müssen die Handelsverträge erneuert werden —, um die Koalition des Nationalliberalismus und des Fortschritts zu sprengen und die Nationalliberalen zum Anschluß an den schwarz-blauen Block zu zwingen. Da die Nationalliberalen entschiedene Anhänger des Zollwuchers sind — sowohl um der Großindustriellen wie der Groß- und Mittelbauern wegen, die einen starken Teil ihrer Wählerschaft ausmachen —, so würde das Exempel soweit wohl stimmen. Indessen haben einige rechtsstehende Blätter doch einen Haken in diesem Plan gefunden — sie fürchten, daß die Massen der Wähler sich für die Parole der Lebensmittelverteuerung nicht recht erwärmen werden, und daß also trotz aller Sammlung eine antigöllnerische Mehrheit zustande kommen könne. Mehr Erfolg scheint ihnen ein hurrapatristischer Rummel zu versprechen, eine kräftige Militär- oder Marinevorlage mit lautem Kriegsgefahrgegeschrei, das die indifferenten Spießbürger in Angst versetzen und an die Wahlurne treiben soll. Es muß die Aufgabe der sozialdemokratischen Agitation sein, beide Wahlparolen unschädlich zu machen. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß wir selbst vom sogenannten „entschiedenen Liberalismus“ nur eine sehr unzuverlässige Seitendeckung haben werden. Der verkrachte konservativ-liberale Block hat dem Fortschritt den letzten Rest seiner einstigen Gegnerschaft wider den Militarismus genommen. Er ist heute ebenso militär- und marinefromm wie konservative und Zentrum. Etwas verlässlicher ist der Fortschritt auf dem Gebiet der Zollpolitik. Aber auch da hat der Abfall schon begonnen. Die „Hilfe“ des Pfarrers a. D. Raumann stellt sich auf die Seite der Agrarier, die gegen die Öffnung der Grenzen zur Vinderung der Fleischnot protestieren. Der Wunsch des Fortschritts, mit den schutzgöllnerischen Nationalliberalen zusammenzubleiben, bringt sie mehr und mehr dahin, ihre Opposition gegen den Zollwucher abzuschwächen. Auch in diesem Kampfe wird sich die Sozialdemokratie nur auf sich selbst verlassen dürfen, und sie muß gewärtig sein, daß, selbst wenn die Handelsverträge in dem Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen würden, der Fortschritt bei den Stichwahlen ein sehr unzuverlässiger Kantonist sein kann. Bewährt er sich besser, als man nach allen Erfahrungen für wahrscheinlich sehen muß, so kann es der Sozialdemokratie natürlich durchaus recht sein. Ein gegen die Reaktion wirklicher kämpfendes Bürgertum muß in solchem Kampfe in der gleichen Schlachtlinie wie die Sozialdemokratie stehen und wird diese eine Strecke Weges an seiner Seite finden. Es fragt sich aber, ob das deutsche Bürgertum überhaupt solchen Kampf will.

Die Fleischnot zeigt uns inzwischen wieder einmal, daß die Herrschaft der Junker für die große Masse des arbeitenden Volkes immer unerträglicher wird. Die beiden reaktionären Parteien der Konservativen und Zenträmmer erheben wütenden Protest gegen die Forderung auf Öffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch, weil sie die Profite der Großgrundbesitzer, der Gutsherren und Großbauern, nicht schmälern lassen wollen. Die Regierung Preußens und des Reiches ist mit ihnen natürlich in allen Stücken einig. Dabei ist die Not in einzelnen Teilen des Reiches schon so groß, daß selbst die zentrumsfromme und sonst stets stramm agrarische bayerische Regierung bei der Reichsregierung für eine Öffnung der Grenzen eintritt. Ohne Erfolg, denn dem Vertreter der Berliner Fleischermeister hat der preussische Landwirtschaftsminister auf die gleiche Forderung ein entschiedenes Nein zu hören gegeben. Nach diesem erleuchteten Herrn wäre die Öffnung der Grenzen ganz zwecklos, weil im Ausland das Vieh auch knapp und teuer ist — eine Behauptung, die durchaus nicht für alle Länder zutrifft, welche Deutschland Vieh liefern könnten und die jedenfalls die Tatsache nicht aus der Welt schaffen kann, daß Deutschland die höchsten Vieh- und Fleischpreise hat! Der Minister erklärte weiter, daß die geforderte Maßregel auch gefährlich für die Gesundheit des deutschen Viehes und der deutschen Fleischnesser sei. Es handle sich um Schutz vor dem verseuchten Vieh des Auslandes. Dabei sind die Gesundheitsverhältnisse des Viehes und die tierärztliche Kontrolle in den meisten unserer Nachbarländer nicht schlechter als im Deutschen Reich. Für die Einfuhr von Rußland, wo es in dieser Beziehung allerdings böse bestellt ist, ließen sich leicht wirksame Kontrollmaß-

regeln schaffen, die die Gefahr der Seuchenverschleppung bannen. Die Einfuhr des wohlfeilen gefrorenen Fleisches aus Argentinien und Australien darf anscheinend dem deutschen Volke aus Sorge um seine Gesundheit auch nicht erlaubt werden, obgleich man in England, Holland und anderen Ländern noch niemals von schädlichen Einflüssen dieses Fleisches auf die Volksgesundheit gehört hat. Allerdings ist das gefrorene Fleisch nicht ganz so wohl-schmeckend wie das Fleisch vom besten Mastvieh, das nicht mit Eis in Verührung kam. Aber die Herren Junker und Kommerzienräte werden ja nicht gezwungen, das gefrorene Fleisch zu essen. Den minder vermögenden Saunen großer Massen von Proletariern wird es immer noch besser behagen als das sinnige Fleisch von der Freibank oder das Pferde- und Hundefleisch, das jetzt in vielen Gegenden des Reiches sehr stark verbraucht wird. Es ist bezeichnend, daß der preussische Landwirtschaftsminister — und das heißt in diesem Falle die preussische und die Reichsregierung — sich mit den jämmerlichsten Gründen gegen jede wirksame Maßregel zur Vinderung der Fleischnot sträubt, während in Österreich bereits die Erlaubnis zur Einfuhr wenigstens einer gewissen Menge argentinischen Fleisches in nahe Aussicht gestellt worden ist. Nirgends übt die Junkerklasse so brutal und rücksichtslos ihre Herrschaft aus, nirgends wagt sie die Ausbeutung der Volksmassen so weit zu treiben und nirgends erleichtert ihr die Waschlappigkeit des Bürgertums ihr Treiben so sehr wie in Deutschland, dem Land, das dank dieses Zukandes jetzt die höchsten Lebensmittelpreise hat!

Nirgends in aller Welt — Rußland vielleicht ausgenommen — wagt auch die herrschende Klasse so wie in Deutschland ein mündiges Volk immer aufs neue zu büteln und herauszufordern. Wie eine Aufforderung an die Polizeibeamten, blutige Schlachten gegen das Volk zu liefern, erscheint die Verleihung zahlreicher Orden an die Polizeibeamten der verschiedensten Städte, die sich bei den Wahlrechtskämpfen des verflossenen Winters und Frühjahrs „ausgezeichnet“ hatten. Der besondere Dank des Kaisers für ihr „tatkvolles und entschiedenes“ Verhalten ist ihnen ausgesprochen worden. Derweil wird ein sozialdemokratischer Redakteur, der Genosse Albert von der „Breslauer Volkswacht“, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er das Vorgehen der Waldenburger Polizei gegen eine friedliche Wahlrechtsdemonstration beim rechten Namen genannt hat. Er wird zu der hohen Strafe verurteilt trotz der gravierendsten Aussagen über die Taten der Polizei. Den ausländischen Genossen, die auf einer internationalen Kundgebung der Frankfurter Sozialdemokratie reden, wird lächerlicherweise der Gebrauch ihrer Muttersprache verboten, und im benachbarten Hessen verbietet gar die Behörde eine Versammlung, die Protest erheben soll gegen den Aufenthalt des russischen Blutjaren auf deutschem Boden, in der hessischen Stadt Friedberg, und verzerrt das Verbot mit einer Begründung, die sich wie blutiger Pöhn auf das Vereinsgesetz liest. Die beiden Maßregeln haben freilich nur ihre Urheber blamiert, denn sie haben die beiden Kundgebungen, die sie verhindern wollten, doch nicht aus der Welt schaffen können. Sie haben stattgefunden und sind großartig verlaufen, eine Tatsache, die indessen nicht den aufreizenden Eindruck der Maßnahmen vermindert.

In Griechenland zeigen sich die ersten Anfänge sozialistischer Bewegung. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung wurden vier Männer gewählt, die sich als Sozialisten bezeichnen. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Durch die Gewerkschaftsstatistik über die Lohnkämpfe im Jahre 1909 wird die Tatsache neuerlich erhärtet, die uns kurz vorher die Statistik über die Gewerkschaftsbewegung gezeigt hatte: Das Jahr 1909 stand noch stark unter dem Einfluß der Krise; erst in der zweiten Hälfte des Jahres wich die wirtschaftliche Depression allmählich, während diese in den zwei ersten Quartalen noch ebenso schwer lastete wie im Jahre vorher. Natürlich standen die Lohnkämpfe im Zeichen dieser Tatsache. Aber trotz alledem wurde auch die allgemeine Wahrnehmung bestätigt, daß die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit an Intensivität zunehmen. Das geht zahlenmäßig daraus hervor, daß die Lohnkämpfe des Jahres 1909 beinahe 6 Millionen Mark kosteten, das sind nahezu 1 1/2 Millionen mehr als im Jahre 1908. Mit einem Betrag von 45,22 Mk. pro Kopf der Beteiligten übertrifft das Jahr 1909 alle früheren Berichtsperioden. Die Erfolge der Bewegungen sind jedoch im allgemeinen viel günstiger als im Jahre 1908. Bezeichnend ist, daß die Aussperrungen nicht den großen Erfolg für das Unternehmertum gebracht haben, den dieses davon erwartet hat. Die Herren Kapitalisten haben nicht allein herzlich schlecht bei ihrer brutalen Scharfmacherpraxis abgeschnitten, sondern die Aussperrungen selbst haben eine

Vermindeung um 19,8 Prozent erfahren. Was die Aussperrungen den Arbeitern wirklich an Verschlechterungen gebracht haben, kommt kaum in Betracht angeht dessen, was durch Abwehrstreiks von den Ausgebeuteten zurückgeschlagen worden ist. Für 4136 Personen wurde eine Arbeitszeitverlängerung von 15858 Stunden pro Woche abgewehrt, eine Lohnreduzierung von 66218 Mk. wöchentlich blieb 31479 Personen erspart, dazu kommt die Abwehr von sonstigen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für 46718 Personen. Insgesamt fanden 6796 Bewegungen in 9650 Orten statt, an denen 430205 Personen in 33275 Betrieben beteiligt waren. Ohne Arbeitseinstellung spielten sich 66,3 Prozent der Bewegungen ab, die sich auf 72,7 Prozent der Beteiligten erstreckten. Die Bewegungen mit Arbeitseinstellungen, also die Streiks und Aussperrungen betrug 33,7 Prozent mit 131244 Beteiligten. Von den gesamten Bewegungen waren 65,4 Prozent erfolgreich, 16,2 Prozent endeten teilweise erfolgreich und 14 Prozent blieben erfolglos. So haben die Gewerkschaften noch unter den Einflüssen einer schweren wirtschaftlichen Depression die Lebenslage der Mitglieder wesentlich verbessern können, mit dem Einsetzen des Aufschwungs werden sie diese ihre Aufgabe noch bei weitem besser erfüllen können.

Das Ringen der Werftarbeiter ist ein weiterer Beweis dafür, wie zäh und langwierig die Kämpfe der Ausgebeuteten gegen ihre Herren heute sind. Den Zentralverbänden, die fast allein an dieser bedeutenden Bewegung beteiligt sind, war für die Verhandlungsführung eine sonderbare Zumutung gestellt worden. Sie sollten nämlich im Beisein von Vertretern der Christlichen und der Hirsch-Dunderschen verhandeln, die weder Forderungen stellten noch die Bewegung eigentlich mittragen helfen. Aber auch die Selben wollten im Verhandlungsraum anwesend sein. Das lehnten die Vertreter der Zentralverbände ab. Die Metallindustriellen wollten nun eine Sitzung in Berlin abhalten, um den bedrängten Werkstoffbesitzern zu Hilfe zu kommen, sie drohten mit einer größeren Aussperrung, um die Bewegung von den Hafenstädten auf das Binnenland auszudehnen. Inzwischen sind jedoch neue Verhandlungen angebahnt, die bei dem Erscheinen dieser Zeilen voraussichtlich begonnen haben dürften.

Die Seeleute in Stettin haben ebenfalls Lohnforderungen gestellt, sie verlangen eine Erhöhung der Monatslohn von 60 auf 65 Mk. Da die Reeder jede Verhandlung mit der Organisation der Arbeiter abgelehnt haben, beschlossen diese, bei der Anmusterung Verträge unter 65 Mk. Entlohnung nicht zu unterschreiben.

Eine verhältnismäßig große Lohnbewegung ist gegenwärtig in einer der am elendsten entlohnenden Industrien im Gange. Etwa 600 Arbeiter und Arbeiterinnen der Perlmutterknopffabrikation, die ihren Sitz in Orten des Kyffhäusergebirges hat, befinden sich im Ausstand. Vor einigen Jahren wurde daselbst schon ein 20wöchiger Kampf geführt, der Lohnfolge zeitigte. Wie erbärmlich der Verdienst der betreffenden Arbeiterschaft vordem gewesen sein muß, geht daraus hervor, daß erwachsene männliche Arbeiter heute erst 18 Mk. wöchentlich verdienen, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen gehen nicht selten mit 4 Mk. Wochenlohn nach Hause. Und solche elende Löhne werden noch unterboten durch die böhmische Industrie, die der deutschen Perlmutterknopffabrikation schwere Konkurrenz macht. An dieser Bewegung sind etwa ein Drittel Arbeiterinnen beteiligt.

In der Etuisbranche müssen prinzipielle Kämpfe durchgeföhrt werden. Die Unternehmer spielten sich auf ihrer letzten Generalversammlung als Scharfmacher-Gernegroße auf. Sie beschlossen, Tarifverträge nicht einzugeben. Aber in Hanau ist dieser Fabrikantenbeschuß bereits durch Abschluß eines Tarifvertrags durchbrochen worden. Die Unternehmer anderer Städte werden folgen, denn der Geschäftsgang wird in dieser Industrie mit Herannahen des Herbstes sehr gesteigert, und in einigen Orten dauert der Ausstand schon bis zu 9 Wochen. Die Etuisarbeiter, die dem Buchbinderverband angehören, sind zu 80 Prozent organisiert, sie können aushalten, und Streikbrecher werden sich unter diesen Umständen auch nicht finden.

Bekannt sind die rührenden Geschichten der Generalanzeigerpresse vom goldenen Boden des Handwerks. Die sittliche Entrüstung über die Verschwendungssucht der heutigen Proletarier und ihre maßlosen Ansprüche wird sinnreich und passend abgelöst vom Märchen jenes Jemand's, der mit Kaffeemühlenschärfen einen Betrieb anfang und es im Laufe der Jahre durch Fleiß, Tüchtigkeit und Sparsamkeit zum Millionär gebracht hat. An diese rührende Legende wurden wir lehthin erinnert, als die Weltfirma Lang in Mannheim aus Anlaß ihres 50jährigen Bestehens ein Erinnerungsbuch herausgab, das die Aufzeichnungen ihres Gründers enthält. Im Jahre 1861 errichtete er mit 13 Gulden 13 Kreuzern Barvermögen das Geschäft; im folgenden Jahre erzielte er schon über 1653 Gulden

Gewinn. „So klein fing der Mann an, dessen Schöpfung heute 4000 Arbeitern Verdienst gibt und dessen Witwe und Kinder innerhalb zweier Jahre 4 Millionen Mark für humanitäre und wissenschaftliche Zwecke spendeten.“ Die Freigebigkeit der Unternehmerwitwe in Ehren — aber zu Lobhudeleien gibt sie keinen Anlaß. Das Mühen und Schuften von Proletariern hat sie möglich gemacht. Niemand ist ganz allein emporgestiegen, Hunderte, Tausende haben ihm dabei geholfen. Die bürgerlichen Goldschreiber sollten sich bewußt bleiben, daß der Mehrwert, den die Arbeiter erschufen, daß ungezahlter Lohn die Wurzel kapitalistischer Generosität ist. Auch bei der Weltfirma Lang gibt es noch heute Arbeiter, die sich mit 1500 Mk. Jahresverdienst begnügen müssen und dies trotz der hohen Lebensmittelpreise. Würde die kapitalistische Ordnung die Proletarier nicht um die Früchte ihrer Arbeit pressen und mit largen Löhnen abspesen, so könnten die Skribisage nicht auf dem Bauch liegen und die Mildtätigkeit vielfacher Millionäre bewundern. Den Arbeitern aber wäre durch bessere Entlohnung wahrlich mehr gedient als mit Stiftungen. Was sie begehren müssen, daß ist ihr Recht an Stelle von Wohlthaten. #

Der Kampf der Bleistiftarbeiter in Nürnberg. Zehn Wochen dauert bereits der Kampf der Nürnberger Arbeiterinnen und Arbeiter um Verbesserung ihrer Lage, und noch immer ist kein Ende abzusehen, weil die Unternehmer, auf ihren Geldsack pochend, glauben nicht nachgeben zu müssen. Es nimmt fast wunder, daß ihr Glaube an einen Sieg noch nicht wankend geworden ist, denn die Betriebe sind heute genau so leer wie bei Beginn des Kampfes. Von den Streikenden und Aussperrten ist bis jetzt noch nicht ein einziger abgefallen. Ein Vorgang, der bisher in der Arbeiterbewegung fast einzig dasteht. Diese Haltung der Arbeiterschaft ist geradezu bewundernswert, insbesondere wenn man in Betracht zieht, daß die große Majorität der kämpfenden Arbeiterinnen sind, die beim Ausbruch des Streiks zum Teil erst kurze Zeit der Organisation angehörten. Bisher war man immer allzusehr geneigt, den weiblichen Kameraden bei den Lohnkämpfen weniger Widerstandskraft und Ausdauer zuzutrauen als den Männern, und hier sind alle Beteiligten sich völlig darüber klar, daß der glänzende Stand der Bewegung insbesondere dem mustergültigen Verhalten der weiblichen Mitglieder zuschreiben ist, und ich schließe mich diesem Urteil im vollem Umfang an. Man muß gesehen haben, mit welchem Eifer und welcher Ausdauer die Arbeiterinnen ihren Verpflichtungen nachkommen und den Männern mit leuchtendem Beispiel vorangehen. Den Fabrikanten imponiert das Verhalten der Arbeiterinnen ganz besonders. Das geht daraus hervor, daß die hämischen Bemerkungen längst verstummt sind, mit denen man in der ersten Zeit des Kampfes die weiblichen Streikposten glaubte verulken zu können, die ruhig an ihrem Plage standen und Strümpfe strickten. Die Fabrikanten und ihre Beauftragten glaubten, die untertänigen Arbeiterinnen der früheren Zeit noch vor sich zu haben, mußten aber aus den schlagfertigen Entgegnungen erkennen, daß diese Zeiten vorbei sind. So lassen sie die Posten in Ruhe und fügen sich ins Unvermeidliche. Teilweise kommt sogar ein grimmiger Humor zum Durchbruch, der ihre Verlegenheit verdecken soll, während die kämpfenden nach wie vor in aller Ruhe ihre Pflicht tun. Bei einzelnen Fabrikanten scheint die Erkenntnis aufzudämmern, daß der endgültige Erfolg auf Seiten der Arbeiter sein wird. Von den Firmen, welche mit dem Holzarbeiterverband Frieden gemacht haben und die heute mit Aufträgen überhäuft sind, wird naturgemäß versucht, aus den kämpfenden tüchtige Arbeitskräfte für ihren Betrieb zu gewinnen. Wenn dann diese ihre Papiere in den bestreikten Betrieben abholen wollen, werden ihnen viele gute Worte gegeben, doch andere Arbeit vorläufig nicht anzunehmen, sondern sich noch einige Wochen zu gedulden. Die Arbeiter haben natürlich keine Ursache, diesem Wunsche Rechnung zu tragen, ihnen kann es einerlei sein, in welcher Fabrik sie arbeiten, insbesondere da die Fabrikanten durch Bewilligung der Forderungen sich aus der Kalamität helfen können. Wenn sie das nicht wollen, müssen sie die Folgen ihres Verhaltens in vollem Umfange tragen und sich auch damit abfinden, daß ihnen ein Teil ihrer tüchtigsten Arbeiter verloren geht. Im Lager der Fabrikanten rumort es ganz heftig. Vor Ausbruch des Kampfes verlangten die Firmen, bei denen der Holzarbeiterverband Forderungen eingereicht hatte, daß diese auch bei der Firma Johann Faber durchgesetzt werden müßten. Als dann der Verband diesem Wunsche nachkam und bei Faber die Arbeit eingestellt wurde, erklärten sich die übrigen Firmen mit Faber solidarisch und sperren ihre Arbeiter aus. Jetzt wäre eine Einigung mit den übrigen Fabrikanten möglich, aber sie fühlen sich durch ihr Faber gegebenes Ehrenwort gebunden und müssen die weiteren Folgen des Kampfes auf sich nehmen, weil die Firma Faber, wo die Lohnsätze am niedrigsten sind, nicht bereit ist, eine

erhebliche Aufbesserung zu machen, um einen Ausgleich mit den übrigen Fabrikanten herbeizuführen. Das ist bitter, und die meisten Fabrikanten bereuen ihre Dummheit längst, sie können aber heute nicht mehr zurück, und die Firma Faber hat dadurch die Sicherheit, daß ihr Absatzgebiet von den übrigen Firmen nicht bedroht wird. Neben der Firma Faber sind es die Gebrüder Schwanhäuser, die einer Einigung besonders hinderlich sind, Leute, die, weil ihr Vater über die nötigen Mittel verfügte, studieren konnten und dann in Sozialpolitik dilettierten, aber nur solange dieses Steckenpferd nicht löstete. Sobald die Arbeiter darauf drängten, diese sozialpolitischen Ansichten zu realisieren, mauferten sich die „Sozialpolitiker“ sehr bald zu Scharfmachern, und heute verteidigen sie nicht allein den eigenen Profit, sondern auch denjenigen der Firma Faber mit allen, auch den schäblichsten Mitteln. Und gerade sie sind es, die den Ruin der Nürnberger Bleistiftindustrie prophezeien, im Falle, daß die Forderungen der Arbeiter bewilligt werden sollten. Wie es in Wirklichkeit damit aussieht, beweist der Geschäftsbericht der Firma Faber für 1909/10, dem zu entnehmen ist, daß, wenn auch diesmal wieder trotz höherer Rohstoffpreise und „gestiegener Arbeiterlöhne“ ein befriedigendes Ergebnis erzielt wurde, dies dem erreichten höheren Umsatz, und zwar hauptsächlich in den feineren Sorten, zu verdanken sei. Der Betriebsgewinn betrug 631 215 Mk. (i. V. 861 720 Mk.). Einschließlich 56 456 Mk. (68 218 Mk.) Vortrag ergibt sich ein Reingewinn von 613 136 Mk. (656 097 Mk.) zur folgenden Verwendung: Sonderrücklage für Mutationsgebühren 2000 Mk. (2000 Mk.), Sonderrücklage II 20 000 Mk. (50 000 Mk.), Gewinnanteile 47 500 Mk. (47 640 Mk.), Beamtenunterstützungsbestand 10 000 Mk. (10 000 Mk.), Arbeiterunterstützungsbestand 0 (10 000 Mk.), 15 Prozent Dividende 480 000 Mk. (wie i. V.) auf 8,2 Millionen Mark Aktienkapital und 53 635 Mk. Vortrag auf neue Rechnung. Der Schaden des Kampfes kommt zum Teil schon im Betriebsgewinn zum Ausdruck. Wenn die Firma trotzdem neben den Rücklagen usw. noch 15 Prozent Dividende verteilen konnte, ist sie auch in der Lage, die bescheidenen Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, um so mehr als sie beabsichtigt, eine Preiskonvention zu schaffen und die Abnehmer zu schröpfen. Da die übrigen Betriebe sich nicht in Händen von Aktiengesellschaften befinden, ist ihr Gewinn nicht in der Öffentlichkeit bekannt, er ist aber zum mindesten nicht niedriger wie bei Faber, wo die Schar der Beamten — wie der Volksmund behauptet mit Rücksicht auf das Verwandtschaftsverhältnis — im Verhältnis zur Größe des Betriebs eine überaus große sein soll. Es steht außer allem Zweifel, daß die Forderungen der Arbeiter sehr wohl bewilligt werden können, ohne die Konkurrenzfähigkeit der Nürnberger Fabriken dadurch zu unterbinden. Allein die Fabrikanten wollen den Arbeitern keine Zugeständnisse machen, das haben die Verhandlungen, die in den letzten Wochen stattfanden, zur Genüge bewiesen. Der Kampf wird also weitergehen, weil es die Fabrikanten nicht anders wollen, und die Arbeiterinnen und Arbeiter dieser Industrie werden ihn, wie bisher, mit Mut und Ausdauer führen, bis der Erfolg auf ihrer Seite ist. Die Proletarier Deutschlands beglückwünschen die mutigen Kämpfer und insbesondere die Arbeiterinnen zu ihrer glänzenden Disziplin und wünschen ihnen von ganzem Herzen einen vollen Erfolg. gb.

Genossenschaftliche Rundschau.

In der zweiten Septemberwoche tagte in Hamburg der achte Kongress des Internationalen Genossenschaftsbundes. Der Bund wurde im Jahre 1895 in London gegründet. Aber seine Zwecke und Ziele herrschten in der ersten Zeit ziemlich zerfahrenen Meinungen; die Gründer waren sich darüber nichts weniger als klar. Utopische, rückständige Vorstellungen über das Wesen der Genossenschaften im allgemeinen und ihren Einfluß auf die ökonomischen Verhältnisse des bürgerlichen Staates machten sich vielfach geltend, und die äußerst verschiedenartigen Auffassungen der Vertreter der einzelnen Genossenschaftsarten erzeugten viele innere Differenzen. Es trat hier noch viel deutlicher als innerhalb der nationalen Grenzen der einzelnen Länder zutage, daß es ganz unmöglich ist, alle Genossenschaften und Genossenschaftsarten auf die Dauer unter einen Hut zu bringen. Sehr zutreffend schrieb vor kurzem das Organ des Zentralverbandes der österreichischen Konsumvereine über die Entwicklung des Internationalen Genossenschaftsbundes: „Als der Bund gegründet wurde und 1896 in Paris seine ersten Statuten erhielt, stand für die Mehrzahl der am Internationalen Genossenschaftsbund interessierten Personen und Genossenschaften die Propaganda für die Gewinnbeteiligung im Vordergrund. Die Kreise, aus denen die Idee, einen internationalen Bund ins Leben zu rufen, hervorgegangen war, huldigten der Ansicht, daß die Anerkennung und Anwendung des Gewinnbeteiligungs-

prinzips jede Genossenschaft erst zu einer solchen mache. Nach der damals vorherrschenden Ansicht sollten durch das Genossenschaftswesen vor allem Kapital und Arbeit miteinander versöhnt und in Harmonie gesetzt werden, und das glaubte man durch die Verteilung der Angestellten der Genossenschaften an ihren Gewinnen erreichen zu können. Dementsprechend sollte sich auch der Internationale Genossenschaftsbund nicht nur auf die Förderung des Genossenschaftswesens beschränken, sondern auch für die Einführung des Gewinnbeteiligungssystems in privaten Unternehmungen Propaganda machen, überhaupt die Entlohnungsmethoden der Beamten und Arbeiter zu studieren und die öffentliche Meinung für alle Maßregeln zu gewinnen suchen, die die Interessen von Kapital und Arbeit zu verknüpfen geeignet seien. Die Entwicklung des Genossenschaftswesens hat in den seither verfloffenen Jahren sehr deutlich gezeigt, daß sie nicht dahin strebt, das Gewinnbeteiligungsprinzip zu ihrem Hauptgrundsatz zu machen. Im Gegenteil, die Zahl der Anhänger dieses Prinzips hat sich im Internationalen Genossenschaftsbund zusehends verringert, dagegen bilden die Genossenschaftler heute die große Mehrheit, die die Gewinnbeteiligung theoretisch ablehnen und praktisch nicht anwenden. Seit dem Jahre 1902 hat im Internationalen Genossenschaftsbund die Propaganda für die Gewinnbeteiligung und die damit verwandte Copartnerhip-idee gänzlich aufgehört, und auch die Anschauung, daß Kapital und Arbeit durch die Genossenschaft versöhnt würden, dürfte nur noch in wenigen Köpfen zu finden sein. Da die Ausbeutung der Arbeit im Wesen des Kapitals und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegt, so kann von einer Versöhnung der Arbeit mit dem Kapital überhaupt keine Rede sein.“

Zurzeit ist der Internationale Genossenschaftsbund eigentlich nur noch ein Bund von Konsumvereinen. Und daß man in Hamburg diesen von allen Seiten anerkannten Zustand nicht auch formell — durch Namen und Statuten — festgelegt hat, ist eigentlich nicht recht konsequent. Man wollte jedoch in Rücksicht auf die besonders gearteten Verhältnisse mancher Länder anderen Genossenschaften den Eintritt in den Bund nicht unmöglich machen. Es wurde aber darauf hingewiesen, daß dieser Zustand, der wahrscheinlich nur ein Übergangsstadium sein wird, nicht dazu führen dürfe, die Konsumvereine in ihrer Bewegungsfreiheit zu hemmen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten zu beschränken. Es wurde das schon deshalb als selbstverständlich angesehen, da die Leitung des Bundes in der großen Mehrzahl in den Händen der Vertreter von Konsumvereinen liegt. Auf dem Budapester Kongress im Jahre 1904 trat die Verschiedenheit der Auffassungen hinsichtlich des Genossenschaftswesens zwischen der starken Gruppe der Konsumgenossenschaften und den Vertretern anderer Genossenschaftsarten hervor. Diese Differenzen führten zum Austritt des deutschen und österreichischen Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften aus dem Bunde. Die kleinbürgerlichen Anschauungen, die jene beiden Organisationen beherrschten, vertrugen sich nicht mehr mit der Betonung der sozialen Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die erst geneigt schienen, dem Bunde beizutreten, sahen hiervon ab und gründeten einen internationalen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverband. Im Internationalen Bunde wurden die Konsumgenossenschaften ausschlaggebend, denen gegenüber die noch vorhandenen Genossenschaften anderer Art nur eine geringe Bedeutung besitzen. Wie die Geschichte des Bundes zeigt, verdankt er den Konsumvereinen die tatkräftigste Förderung seiner Bestrebungen. Es zeigte sich jedoch immer mehr, daß das Statut des Bundes in seiner ursprünglichen Form durchaus nicht mehr den Anforderungen entsprach, die an die Satzungen einer solchen Organisation zu stellen sind. Schon auf dem Genossenschaftskongress in Cremona im Jahre 1907 beabsichtigte man, eine Reorganisation des Statuts vorzunehmen. Verschiedene Umstände verhinderten die Ausführung des Planes, die Organe des Bundes wurden vielmehr damit beauftragt, für den nächsten Kongress eine Statutenänderung vorzubereiten. Das ist denn auch geschehen. Der Hamburger internationale Genossenschaftskongress hat ein neues Statut geschaffen, in dem zwar einige Paragraphen noch recht ansechtbar sind, das aber im allgemeinen dem gegenwärtigen Zustand entspricht. Als Aufgaben des Bundes werden im neuen Statut festgesetzt: Propaganda und Feststellung der genossenschaftlichen Grundsätze und Methoden, Ausbreitung des Genossenschaftswesens in allen Ländern, Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bundesgliedern, Ausbildung und Vereinheitlichung der genossenschaftlichen Statistik, Erteilung von Auskünften und Förderung von Studien über Genossenschaftsfragen und Förderung von Handelsbeziehungen zwischen den genossenschaftlichen Organisationen der verschiedenen Länder. Organe des Bundes sind der Kongress, der Zentralvorstand, der leitende Ausschuß und der Generalsekretär.

Das Amt des letzteren wurde neu geschaffen. Die Bundesgeschäfte werden in der Hauptsache durch den Zentralvorstand geführt, dem nach der alten Fassung des Statuts 37 Mitglieder aus den verschiedenen dem Bunde angeschlossenen Nationen angehörten. Die neue Fassung nimmt die Beitragsleistung für den Bund als Maßstab für die Verteilung der Sitze im Zentralvorstand. Dadurch wird eine Verringerung der Zahlen der Mitglieder im Vorstand herbeigeführt und außerdem wird bewirkt, daß das größere genossenschaftliche Interesse, welches in einem Lande herrscht, und die Stärke und Leistungsfähigkeit der genossenschaftlichen Organisationen gebührende Berücksichtigung bei der Zusammensetzung des Vorstandes erfahren. Dem Internationalen Genossenschaftsbunde gehören gegenwärtig in 26 verschiedenen Ländern über 900 Genossenschaften an, die etwa 4 1/2 Millionen Mitglieder repräsentieren. Davon entfallen über vier Fünftel auf die Konsumvereine.

Neben der Statutenberatung standen auf der Tagesordnung des Hamburger Kongresses noch Vorträge über die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Gegenwart und Zukunft, wobei das Konsumvereinswesen, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, das Kredit- und gewerbliche Genossenschaftswesen in besonderen Referaten behandelt wurden. Des weiteren beschäftigte sich der Kongress mit der Frage: „Wie können die Baugenossenschaften zur Lösung der Wohnungsfrage beitragen?“ — Die Debatten über die Referate waren recht lebhaft und brachten meistens eine Ergänzung derselben. Von deutscher Seite wurde unter lebhaftem Beifall der deutschen Delegierten von Peus-Dessau und Fleißner-Dresden gegen das widerspruchsvolle und von hyperneutralen Sätzen triefende Referat des Dr. Hans Müller-Zürich über die Konsumvereine polemisiert. Nur ein Delegierter, der russische Professor Dr. Totomianz, ein junger Mann, der vor kurzem in der Bewegung aufgetaucht ist, suchte Herrn Müller in Schutz zu nehmen. Mit Recht, denn seine Ausführungen waren eben so kraus wie die des Dr. Müller. Schließlich wurde eine lange Resolution angenommen, in der die Stellung zu den einzelnen Genossenschaften präzisiert ist. Vernünftigerweise geht diese Resolution auf die Fragen der politischen Neutralität und dergleichen überhaupt nicht ein. Sie unterscheidet sich in dieser Hinsicht vorteilhaft von einer sehr überflüssigen Bestimmung in dem neuen Statut des Bundes.

Bemerkenswert war die fast einstimmige Annahme — gegen etwa vier Stimmen — einer Resolution, die den Genossenschaftsbeschuß des Kopenhagener Sozialistenkongresses zustimmend begrüßt.

H. F.

Notizenteil.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Die Ernährungsverhältnisse der Volksschulkinder wurden auf der dritten Konferenz der Zentralstelle der Volkswohlfahrt behandelt. Die von Dr. Kanz über die Ursachen für das Ausfallen des häuslichen Frühstücks angestellten Untersuchungen hatten folgendes Ergebnis: Bei 35 Prozent lag Haß und Nervosität der Kinder vor, bei 23 Prozent Nachlässigkeit der Mutter, bei 18 Prozent außerhäusliche Arbeit der Mutter, bei 20 Prozent Armut, Arbeitslosigkeit und Krankheit der Eltern, bei 3 Prozent gewerbliche Tätigkeit der Kinder vor dem Schulanfang. Ähnliche Zahlen ergaben sich auch für den Wegfall des Mittag- und Abendessens. Professor Kubner, der als Hygieniker und Physiologe Anspruch machen kann, in dieser Frage gehört zu werden, kam in seinen Darlegungen zu dem Schlusse, daß die Ernährung der Schulkinder mangelhaft ist, und daß dadurch nicht nur der Erfolg des Schulunterrichts, sondern auch die körperliche Entwicklung der heranwachsenden Jugend außerordentlich gefährdet würde. Er erklärte, die bisher durch private Wohltätigkeit und die Gemeinden ins Leben gerufenen Einrichtungen genügten nicht. Die beste Form der Schülerverspeisung lasse sich in Verbindung mit Kinderhorten bewirken, die zugleich der Verwahrlosung der Kinder entgegenarbeiteten. Die Speisungen der Schulkinder müßten auch in den Ferienmonaten fortgesetzt werden. Die ernährungstechnische Seite müsse weiter ausgebaut werden in der Kostordnung, den Speiseregeln, den Nährwerten, der Kontrolle der Kinder, Durchwägung der Kinder, und auch für die vorschulpflichtige und schulentlassene Jugend müßten wirksame Maßnahmen getroffen werden. Weiterhin machte Kubner noch Vorschläge zur Hebung der Ernährungsverhältnisse in kinderreichen Arbeiterfamilien. Die Vorschläge des Gelehrten zeugen von dem Ernst seiner Auffassung und von seinem ehrlichen Willen, schreiende Übelstände zu bessern; in Hinblick auf die ernährungstechnische Seite der Frage sind seine Anregungen sehr beachtenswert. Doch eine Lösung des Problems kann selbst die Durchführung seiner Vorschläge nicht bringen. Sie liegt darin,

daß die Gesellschaft die obligatorische unentgeltliche Speisung der Schulkinder in die Hand nimmt. Professor Kubners Anregungen arbeiten dieser Lösung vor, davon abgesehen, daß sie Zeugnis davon sind, welche unhaltbare Zustände die kapitalistische Ordnung für die Arbeiterklasse und damit für die ganze Gesellschaft schafft.

Frauenbildung.

Abiturientinnen am badischen Gymnasium. Unter den 34 Mädchen — der höchsten bis jetzt erreichten Zahl —, welche das R.-F.-Gymnasium zu Mannheim besuchen, befanden sich vier Abiturientinnen, von denen eine die genannte Mittelschule von Sexta an absolviert hat. Die Leitung des Gymnasiums hat den Wunsch ausgesprochen, es möchten nur Mädchen von besonderer Begabung und kräftiger Gesundheit in das Gymnasium eintreten. Die acht Schülerinnen des Gymnasiums zu Offenburg stellten eine Abiturientin, eine Polin, die ihr Examen bestens bestanden hat. m. g.

Die Zulassung von Frauen zur Prüfung als Nahrungsmittelchemiker ist vom preussischen Kultusministerium genehmigt worden. Bedingung ist laut den Prüfungsbestimmungen vom 22. Februar 1894: Reifezeugnis eines Gymnasiums oder einer Oberrealschule, Universitätsstudium von sechs Semestern und eine mindestens zweijährige praktische Arbeit in Mikroskopierübungen und in der Untersuchung von Nahrungsmitteln und Genussmitteln in staatlichen Anstalten. Mag der Philisterzopf noch so sehr wackeln: der bürgerlichen Frau wird ein immer weiteres Tätigkeitsfeld eröffnet.

Verschiedenes.

Erfämpfen nicht erkaufen sollen sich die Arbeiterinnen günstigere Lohnbedingungen. Deshalb ist der in manchen Betrieben herrschenden Unsitte, Geldsammlungen zu Geschenken für Meister und Aufseherinnen zu veranstalten, mit aller Energie entgegenzutreten. Leider ist diese Unsitte in Braunschweig noch recht im Schwunge. Dort ist es vorgekommen, daß den Aufseherinnen in manchen Konservenfabriken ein Teil ihrer ganzen Wohnungseinrichtung von den Arbeiterinnen zum Geburtstag geschenkt wurde. In einer Konservenfabrik erklärte die Aufseherin den Arbeiterinnen auf ihre Frage, was sie sich zum Geburtstag wünsche, es fehle ihr an nichts, wenn ihr die Arbeiterinnen etwas schenken wollten, so möchten sie ihr nur das Geld bringen. Daraufhin überreichten ihr die Arbeiterinnen die gesammelten 53 M., sage und schreibe 53 M. Eine derartige Liebedienerei der Arbeiterinnen kann nicht genug gerügt werden. Denn um Liebedienerei und nichts anderes handelt es sich in den meisten Fällen. Die Gunst der Vorgesetzten und damit gewisse Vorteile sollen erkaufte werden. Viele Arbeiterinnen möchten sich freilich an den Sammlungen lieber nicht beteiligen, sie wissen, daß sie den sauer verdienten Lohn besser verwenden können, als zu Geschenken für die Angestellten des Unternehmers, aber sie haben nicht den Mut, denen entgegenzutreten, die sich dadurch hervortun wollen, und so wird diese Mode mitgemacht. Daß die gewerkschaftliche Organisation dem Unwesen mit Erfolg steuern könnte, beweist ein Fall, der sich ebenfalls in einer Braunschweiger Konservenfabrik ereignete. Dort erhielten die Arbeiterinnen das für den Unternehmer gesammelte Geld zurück, nachdem die Sache von der Verbandsleitung scharf getadelt worden war. Pflicht aller organisierten Arbeiterinnen ist es, gegen die Geldsammlungen eimütig aufzutreten. Sie müssen die noch indifferenten Arbeitsschwestern darüber aufklären, daß ein anderes Mittel erfolgreicher und würdiger zu verbesserten Arbeitsbedingungen führt: der Beitritt zur Gewerkschaft. Nicht minder wie die Geschenke an Vorgesetzte sind die Sammlungen zu verurteilen, mit deren Ertrag Festlichkeiten in Gemeinschaft mit den Unternehmern veranstaltet werden. Wollen diese ihren Arbeitern Feste bereiten, so mögen sie es aus eigenen Mitteln tun, aus den Mitteln, die ihnen ja doch die Arbeit des Proletariats schafft. Die Feste, die die Unternehmer veranstalten, sind ihrem Gehalt nach gar nicht im Sinne derer, denen sie angeblich gegeben werden. Ganz anders verhält es sich mit Veranstaltungen, die aus dem eigenen Leben der Arbeiterklasse herauswachsen. Ein Beispiel davon war die Feier des Farzarbeitersängerbundes, die kürzlich in Braunschweig stattfand. Sie brachte einen großartigen Umzug durch die Stadt, dem ersten von Proletariern, den die Behörden genehmigt hatten. Veranstaltungen wie diese Feiern stärken und erheben die Ausgebeuteten, denn sie tragen dazu bei, das Klassen- und Machtbewußtsein und die Solidarität der Arbeiterschaft zu erhöhen. Ida Raube.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Beifu (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.